Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 2 Januar 1935 Nummer 16

Jahr II der Diktatur

Von **Max Klinger.**

Vor zwei Jahren kam Hitler an die Regierung als Chef eines Koalitionskabinetts. Seine Koalitionsgenossen brauchten ihn, sie wollten ihn zugleich verbrauchen. Sie rechneten darauf, daß das Schwergewicht der bestehenden Interessen, der Einfluß der gesellschaftlichen Machtgruppen Hitler auf ihre Linie zwingen würde. Sie hielten sich an das Wort: »die Wirtschaft ist das Schicksal« und glaubten, sie würden mit Hilfe Hitlers eine Restauration mit großagrarisch-reaktionärem Kurs durchsetzen können. Sie pochten auf die Unterstützung der Reichswehr und der Bürokratie. Es war die Rechnung Hugenbergs. Er wollte nicht die plebiszitäre Pseudo-Demokratie des nationalsozialistischen Pöbels, sondern die solide Gewaltherrschaft der traditionellen Oberklassen.

Diese Rechnung erschien alsbald als ein Fehler. Einmal an der Macht, drängte die nationalsozialistische Partei nach vorne. Sie setzte die reine Gewalt und den Terror ein. Der Terror gegen die Linke wirkte zugleich einschüchternd auf die traditionellen Oberschichten. Die Größe des Verbrechens — Terror und Reichstagsbrand — beförderte die Ausbreitung der reinen Machtideologie. Es wurde ein ganz allgemeiner Glaube, daß alle Fragen durch reinen Machteinsatz zu lösen seien. Jede Diskussion über richtige und falsche Lösungen hörte auf: Es gab nur eine Lösung gemäß dem Willen des Führers, und daß diese Lösung Erfolg brachte, garantierte die Macht. Die Macht kann alles. Sie kann die Wirtschaftsverfassung ändern — es genügt dazu, daß sich in Betrieben und Unternehmungen uniformierte Parteigänger Hitlers einstellen. Sie kann die Klassen aufheben und damit dem Klassenkampf ein Ende machen. Sie kann durch die Atomisierung des einzelnen alle existierenden geistigen Strömungen vernichten, sie kann Gesinnungen zerstören und Gesinnungen schaffen. Sie kann noch mehr: sie kann Reichtum schaffen durch bloßen Befehl. Sie steht über allen Gesetzmäßigkeiten. Ihr Inhalt ist die reine Gewalt.

Dieser mystische Glaube an die reine Gewalt war die Grundlage der nationalsozialistischen Totalitätsidee. Es verband sich mit ihm die Mystik des Machtstaates. Die Ueberklassenmacht, der absolute Staat, die Integration der Nation im Willen des »Führers« schien Wirklichkeit geworden zu sein. Die geistige Grundhaltung aller Klassen schien entscheidend verändert. Hinter der reinen Macht erschienen alle Gegensätze aufgehoben, alle »pluralistischen Tendenzen« vernichtet. Die Absolutierung

der Staatsmacht, ihre Ausdehnung bis in die letzten Einzelheiten des wirtschaftlichen und privaten Lebens, schien vollendet zu sein. Das große Wort dieser Zeit war »Gleichschaltung«. Es gab nur einen Willen, den Willen Hitlers, und wer nicht zum Feind erklärt werden wollte, ordnete sich diesem Willen unter und paßte sich an. Inhalt und Richtung aller Politik, Inhalt aller Ideologie war das nationalsozialistische Dogma, es war das Anziehungszentrum.

Auf dem Boden dieses Machtmystizismus wuchsen nun die sogenannten neuen Theorien des Nationalsozialismus empor, eifrig gefördert von den Renegaten der Wissenschaft und der Vernunft. Man deklamierte von politischer Renaissance, von Erneuerung der politischen Gehalte, von neuen Werten und neuem Lebensgefühl. In Ermangelung wirklicher neuer Werte galvanisierte man den Abhub, die Afterlehren vergangener Jahrhunderte. Man schrieb die Wegbereiter und Schriftsteller des italienischen Faschismus aus, man eignete sich alle vorhandenen Theorien über die Herrschaft einer Elite an.

Aber es war alles ganz anders! Nicht die Rechnung Hugenbergs war falsch, sondern die Hitlers — soweit die Entwicklung des Wesens und des Inhalts der Herrschaft in Frage kam. Die Täuschung Hugenbergs bestand im persönlichen: Er hatte geglaubt, Hitler und die Seinen bald wieder verdrängen zu können und wurde statt dessen als Person selber verdrängt. Er stürzte ein halbes Jahr nach Hitlers Machtantritt, aber seine Agrarpolitik wurde von Darré übernommen, ausgebaut, auf die Spitze getrieben. Hugenberg stürzte, als die »Normalisierung« in vollem Gange und die Schließung der »Revolution« durch Hitler feierlich verkündet war. Immerhin war der Einfluß der Machtmystik noch stark genug, die wirkliche Entwicklung in Deutschland zu verdunkeln, und der Lärm der Arbeitsschlacht deckte zu, was in Staat und Gesellschaft wirklich vor sich ging. Zwar drang von untenher immer stärker eine raunende Bewegung nach oben — aber am Ende des ersten Jahres der Hitlerdiktatur war der Bann der nationalsozialistischen Ideologie noch nicht gebrochen.

Das Jahr II der Diktatur hat den Bann zerschlagen. Nun traten die Züge und die Auswirkungen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik deutlicher hervor. Ihre Wirkungen wurden an den nationalsozialistischen Versprechungen gemessen, und überall ergab sich Enttäuschung. Die stärkste Propaganda hat nicht vermocht, dem Mittelstand und den Bauern die Erkenntnis zu verdunkeln, daß sie betrogen worden waren. Dagegen hat die Kritik und die Durchleuchtung des Wesens der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik von außen her Licht in den Phrasennebel gebracht und hat die großen Züge des fortwährenden Interessenkampfes gezeigt.

Die Machtillusion zerfiel. Das System erfuhr die Grenzen der Wirksamkeit der Gewalt und des Terrors. Weder Konzentrationslager noch Justizterror vermochten das Anwachsen oppositioneller Stimmungen niederzuhalten. Die Bewegung der Mießmacher und Meckerer schwoll an. Man hat diese Erscheinung überschätzt und unterschätzt. Man hat sie einerseits als Symptom eines bevorstehenden Zusammenbruchs genom-

men, und hat sie andererseits für belanglos gehalten wegen ihrem Mangel an Niveau, ihrem Mangel an politischem Programm und politischer Richtung. Die Bedeutung dieser Erscheinung jedoch lag auf ideologischem Gebiete. Sie war ein Symptom der Befreiung von der reinen Machtideologie. Wer meckerte, glaubte nicht mehr an die Allmacht der Diktatur und die Wirksamkeit der reinen Macht. In dieser Erscheinung kündigte sich der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Ideologie bei den Massen an. Dieser Zusammenbruch ist am Ende des zweiten Jahres der Diktatur weit fortgeschritten. Weite Kreise der Bevölkerung haben erfahren und wissen darum heute, daß die reine Macht sich nicht über alles hinwegsetzen und alles bewirken kann, daß sie vor allem nicht Versprechungen für alle erfüllen kann. Einer der wesentlichsten ideologischen Stützpfeiler des Systems ist heute völlig zermorscht.

Das allereinfachste Gesetz des politischen Lebens hat sich in der Entwicklung des zweiten Jahres bestätigt: Druck erzeugt Gegendruck. Die allgemeine Opposition gegen das System ist stetig gewachsen. Sie hat zunächst Anknüpfung bei allem gesucht, was im Widerspruch gegen das System zu stehen schien, ob es sich nun um den Kampf der Kirchen, um die sogenannten Volksmonarchisten oder um sonst etwas gehandelt hat. In der Arbeiterschaft haben sogar oppositionelle Tendenzen im Unternehmertum unverkennbare Sympathie gefunden, ja selbst die Landsknechts- und Mörderbanden der SA um Röhm und Heines sind im Augenblick, wo sie mit dem System in Konflikt gerieten, beinahe mit Sympathie angesehen worden — aus Haß gegen das System.

Die Massenbasis des Systems zerfiel sichtlich. Die traditionellen Oberschichten erholten sich von dem Schock. Sie begannen systematisch, die Parvenus des nationalsozialistischen Staatsstreichs zurückzudrängen. Dieser Prozeß setzte sich vor allem in der Bürokratie durch. Langsam aber sicher zeigte der bürokratische Apparat seine Macht, und ganz in der Stille begannen die Richter mit derselben Methode, die sie im Staat von Weimar gegen die Linke geübt hatten. Am Ende des zweiten Jahres versichern aufmerksame Beobachter aus Deutschland bereits, daß der stille Machtkampf der Justiz gegen die nationalsozialistische Partei vielleicht noch stärker sei als der Kampf der Bürokratie. In der Wirtschaft hat sich die nationalsozialistische Partei längst zurückgezogen. Ihre Versprechungen für den Mittelstand sind schon im ersten Jahre beiseite geschoben worden. Was an spezifisch nationalsozialistischer Politik blieb, war die »Blut- und Boden-Politik« von Darré mit starker Anlehnung an Hugenberg und der theoretische Anspruch der »Brechung der Zinsknechtschaft«. Die Methode der künstlichen Finanzierung der Arbeitsbeschaffung war wenigstens eine Annäherung an Federsche Gedankengänge. Aber nun ist es auch mit beidem zu Ende. Schacht geht gegen die Agrarpolitik Darrés vor, und Darré wird binnen kurzem zu den völlig erledigten Männern gehören. Die bisherige Methode der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung wird völlig abgeschlossen, Feder ist längst fortgeschickt und als lächerliche Figur beiseitegeschoben worden. Auf wirtschaftlichem Gebiete zeigt sich die Wandlung am offensten. Schon wenige Monate nach Hitlers Machtergreifung wurde die Wirtschaftspolitik in die

Hände von Männern aus hochkapitalistischen Kreisen gelegt. Jetzt ist Schacht das Haupt der in der Wirtschaftspolitik herrschenden Gruppe. Hitler hat sich restlos an ihn gehängt, auf Gedeih und Verderb. Hinter Schacht aber stehen die hochkapitalistischen Kreise, denen die neue Organisation der Wirtschaft eine Art von Selbstverwaltung gegeben hat. Neben dem nationalsozialistischen Machtstaat, in dem der nationalsozialistischen Ideologie nach Hitler allmächtig ist, steht ein hochkapitalistischer Wirtschaftsstaat, dessen Regent nicht Hitler, sondern Schacht ist.

Neben beiden aber steht der deutsche Militärstaat. Im Laufe des zweiten Jahres der Diktatur haben sich die Verhältnisse zwischen der Militärclique und der nationalsozialistischen Parteiclique geklärt. Beide sind in manchen Dingen durchaus einig: Aufrüstung, Heeresvermehrung, Ausbreitung nationalsozialistischer Machtstaatideologie. In der Machtfrage jedoch sind sie Konkurrenten, die zu Gegnern geworden sind. Hier hat sich der Kampf zwischen den Angehörigen der traditionellen Oberklassen und den Emporkömmlingen am dramatischsten zugespitzt. Der 30. Juni hat in diesem Kampfe eine Entscheidung zugunsten der konservativen Kräfte gebracht, er hat den wesentlichsten Teil der Gewaltorganisation des nationalsozialistischen Parteistaats blutig niedergeschlagen, organisatorisch zerbrochen, ideologisch zersetzt. Er hat aber zugleich gezeigt, daß der nationalsozialistische Parteistaat trotz der raschen Entwicklung gegen ihn noch ein starker Machtfaktor ist. Für die Reichswehr bedeutete der 30. Juni die Befestigung ihrer autonomen Stellung auch im nationalsozialistischen Staate. Neben die Zivilregierung trat wieder eine Militärregierung. Zwischen beiden ist der stille Machtkampf ununterbrochen weitergegangen. Sowohl der Wirtschaftsstaat als auch der Militärstaat bemühen sich, den nationalsozialistischen Parteistaat immer mehr zu entmachten.

Es ist schwierig, den wahren Inhalt der wirklichen deutschen Verfassung nach zwei Jahren Hitlerdiktatur genau zu definieren. Es ist noch schwieriger, den Teil davon gedanklich aufzulösen, der auf den nationalsozialistischen Parteistaat entfällt. Stellt man ihn dem Militärstaat gegenüber und betrachtet den Wirtschaftsstaat als autonomes Gebilde, so umschließt der Parteistaat immer noch die Bürokratie, die Justiz und die Geheime Staatspolizei. Bürokratie und Justiz aber zeigen stärkste Tendenzen zur Verselbständigung, so daß Hitler bald dasselbe wird sagen müssen, was Mussolini in seiner Kammerrede vom 15. Juli 1923 sagte: »Was ist denn der Staat? — Der Polizist!« Und die Parteimacht? Das Heer der nationalsozialistischen Funktionäre ist außerordentlich groß. Immer noch ist dieser Körper eine nicht über, aber zwischen den Klassen stehende Raubmacht. Wenn aber die Gewaltorganisation der Partei immer mehr geschwächt wird, wenn in der Verwaltung die nationalsozialistischen Funktionäre ihre Verwaltungsfunktion über die Parteifunktion stellen, so ist die Macht dieses großen Funktionärkörpers höchst problematisch. Sie ist ideologischer Art. Je stärker die Machtideologie zerbricht, desto mehr verflüchtigt sich die Macht dieses Apparates. Dieser Prozeß läßt sich heute schon vor allem in den untersten Gliederungen dieses Apparates beobachten.

Sieht man zunächst nicht auf das Ergebnis, sondern auf den Prozeß, der sich im Jahre II der Hitlerdiktatur abspielte, so erkennt man, daß es sich um die völlige Umkehrung des Prozesses handelt, der sich vom Reichstagsbrand bis zum Sturz Hugenbergs vollzog. Damals Vordringen der nationalsozialistischen Partei, heute Vordringen der konservativen Kräfte. Damals schalteten sich die traditionellen Oberschichten dem Nationalsozialismus gleich, heute vollzieht sich die Gleichschaltung des Nationalsozialismus mit den konservativen Kräften.

Prüft man das Ergebnis, so zeigt sich eins ganz unzweideutig: der Nationalsozialismus hat nichts von der Kraft einer neuen Idee bewiesen. Wo ist das »neue Lebensgefühl«? Wo die »politische Renaissance?« Wo die »neuen Werte«? Die geistige Minderwertigkeit und Sterilität dieses Systems ist nicht nur das Gespött Europas, sondern wird immer stärker in Deutschland selbst erkannt. Hat es jemals schon ein Beispiel in der Geschichte gegeben, daß die Emigration eines Landes eine reiche künstlerische, politische und wissenschaftliche Literatur in ihrer Muttersprache entwickelt, während die Literatur des Landes selbst zwar quantitativ gewaltig umfangreicher, aber gänzlich steril ist? Wer glaubt in Deutschland noch ernsthaft an die Theorie von der nationalsozialistischen Elite? Es gibt schon noch Anhänger der verschiedenen Elitetheorien in Deutschland — aber die suchen eine Elite gegen die Hitlerbande!

Aber wo ist vor allem der totale Staat? Die wissenschaftlichen Handlanger des Nationalsozialismus haben die Hitlerdiktatur als den Sieg der Totalitätsidee über den pluralistischen Staat angepriesen. Ein Parteistaat neben einem Wirtschaftsstaat und neben einem Militärstaat, neben einer immer selbständiger werdenden Bürokratie und Justiz — ist dies nicht ein voller Sieg des Pluralismus über die Totalitätsidee? Es genügte eine einfache Fragestellung, um die letzten Illusionen über den totalen Staat Hitlers zu zerstören. Hitler kann zweifellos eine innerstaatliche Feinderklärung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, gegen rebellierende und streikende Arbeiter abgeben. Eine solche innerstaatliche Feinderklärung gegen die protestantische oder katholische Opposition ist schon schwieriger, gegen die hochkapitalistischen Kreise gegen den Willen von Schacht und gegen die Herren der Reichswehr aber unmöglich. Dagegen kann er ohne weiteres Gliederungen, Kreise und Personen seiner eigenen Partei als außerhalb des Gesetzes stehend, als inneren Feind erklären. Diese Tatsachen zeigen den völligen Zusammenbruch der Totalitätsidee, zugleich die innere Machtverteilung.

Das wesentlichste aber ist, daß eine Verschiebung des politischen Anziehungspunktes eingetreten ist vom System weg zur Opposition hin. Es haben die verschiedensten Erscheinungsformen der Opposition in Deutschland sich gezeigt. Die oppositionelle Gesinnung darf nicht allein danach gemessen werden, wie sie zum äußeren Ausdruck kommt. Wollte man so bemessen, so müßte man annehmen, daß der oppositionelle Geist in der Arbeiterschaft nicht so stark sei wie in anderen Bevölkerungsschichten. Es ist aber von entscheidender Bedeutung, daß ein ideologischer Einbruch in die Arbeiterbewegung nicht erfolgt ist, daß vielmehr die Festigkeit des Beharrens auf den Ideen, die die Arbeiterbewegung ge-

tragen haben, in den Kreisen ihrer Angehörigen immer stärker hervortritt — und diese Kreise umfassen sicher ein Viertel, wenn nicht ein Drittel des ganzen Volkes. Diese geistige Beharrung wird desto mehr zu einer Kraft werden, je mehr die nationalsozialistische Machtideologie zerbricht. Sie wirkt heute noch nicht in der Aktion, aber durch ihr Dasein wie überhaupt die deutsche Arbeiterbewegung ihre größten Wirkungen in ihrer Geschichte durch den Schwergewichtscharakter ihrer Politik hervorgerufen hat. Heute ist unstreitig die wiedererwachende Arbeiterbewegung der feste Kern der Gesamtopposition gegen das System. Sie reproduziert sich politisch und gesellschaftlich. Es ist nun das entscheidende Merkmal, daß die vom System Enttäuschten, die Leute mit den verlorenen Illusionen, die politisch Richtungslosen, die nach anderen Zuständen verlangen, kurz alle, die sagen: so kann es nicht weitergehen, sich an die Arbeiterbewegung und an die Sozialdemokratie als ihren politischen Ausdruck erinnern und Hoffnungen auf sie setzen. Ein alter Sozialdemokrat ist heute ein stärkerer Anziehungspunkt als ein Nazibonze. Noch zu Beginn des Jahres II der Hitlerdiktatur war es anders.

Diese stillen Wandlungen, die nicht in dramatischer Form hervortreten, sind die eigentlichen geschichtlichen Wandlungen. Erst ihr Werden und ihre Wirkung ermöglicht Revolutionen. Erst wenn ein System keinerlei Anziehung mehr ausübt, wenn das Massenschwergewicht völlig der Opposition zufällt, dann erst wird aus ihnen der dramatische revolutionäre Prozeß. In welchem Tempo die Verschiebung des politischen Anziehungspunktes weiter gehen wird, läßt sich nicht prophezeien. Man weiß aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie seit 1890, wie langwierig ein solcher Prozeß sein kann. Aber die Entwicklung im Jahre II der Hitlerdiktatur spricht stark für die Annahme, daß die wiedererstehende Arbeiterbewegung es schon bald zu tun haben wird nicht mit dem nationalsozialistischen Parteistaat, sondern mit den Mächten, mit denen sie seit 1890 bis zum Weltkriege und nach dem Weltkriege wieder gerungen hat.

Die revolutionäre Auffassung

Von Alexander Schifrin.

Der Programmentwurf des Kreises Revolutionärer Sozialisten und die Erwiderungen seiner Opponenten haben noch einmal die entscheidenden Fragen für die Wiederaufrichtung der deutschen Sozialdemokratie aufgeworfen. Es gibt objektive Tatbestände, deren Feststellungen von keiner Fraktionsideologie, von keiner Richtungsvoreingenommenheit abhängig gemacht werden kann. Die ersten Schritte der revolutionären sozialistischen Bewegung werden durch die Eigenart der deutschen Krise, die Wandlung der Wirtschaftskrise unter der Diktatur, die politischen Zersetzungs- und Stabilisierungstendenzen des Dritten Reiches bestimmt werden. Nur muß die Erkenntnis der revolutionären Dynamik auch die Möglichkeiten und die Gesetzmäßigkeiten der revolutionären Kämpfe auf

lange Sicht feststellen helfen. Erst auf dieser Grundlage wird die Aufstellung der taktischen und der strategischen Aufgaben der Bewegung möglich.

Wirtschaft und Politik der nationalsozialistischen Diktatur.

Die verheerende Konjunkturkrise 1930—32 ist für Deutschland nur der Tragödie erster Akt gewesen. Brüning wollte, um die Wirtschaft für die Zukunft sanierungsfähig zu erhalten, das Gleichgewicht des Etats, die Stabilität der Währung und die Verbindungen mit dem Weltmarkt aufrechterhalten. Er versuchte das mit den Mitteln der Deflationspolitik zu erreichen, mit einer wahren Pferdekur, die zur Verelendung der Massen, zu sozialen und politischen Katastrophen führte. Die Krisenbekämpfung wirkte krisenverschärfend. Das Pferd, dem Krepieren nahe, hat die Kur abgebrochen. Der nationalsozialistischen Diktatur ist zunächst Doppeltes gelungen: Einmal im beschränkten Maße und mit den allerbarbarischsten Mitteln die Konjunktur im Interesse der Aufrechterhaltung des Regimes zu lenken, dann trotz aller Aufrüstung, Vertragsbrüchen und Bankrotterklärungen wirtschaftliche Repressalien und Sanktionen des Auslandes zu vermeiden. Aber unter Hitler-Schacht wurde die Konjunkturkrise noch durch eine weitgehende Deformierung der Wirtschaft verschärft. Durch den Versuch, die Wirtschaftskrise durch eine Inflations- und Rüstungskonjunktur zu überdecken, wurde die Krise nur in die andere Ebene verlegt. Eben jener Sektor der Wirtschaft, den Brüning zu bewahren versuchte, wird zum Leidtragenden der braunen Ankurbelungspolitik: Die Zerrüttung der Finanzen, die Aushöhlung der Währung, die Absperrung von dem Weltmarkt treten ein. Der Konjunkturabstieg wird durch eine vorübergehende Scheinkonjunktur maskiert, dafür erscheinen überall unzählige funktionelle Störungen, der gesamte Apparat der Marktwirtschaft wird zerrüttet. Der Mechanismus der Verbindung mit den internationalen Waren- und Geldmärkten gerät ins Stocken. Der Bereich der Krise wird ausgedehnt, ein Stützpfeiler der kapitalistischen Wirtschaft nach dem andern wird angenagt.

Diese Entwicklung ist erst am Anfang. Der deutsche Kapitalismus ist nicht nur faschisiert, er ist auch militarisiert. Der nationalsozialistische Staat ist in erster Linie eine gewaltige Maschine für die Kriegsführung. Die Kriegsmobilmachung der Wirtschaft ist im vollen Gange noch vor dem Krieg. Wie die nationalsozialistische Außenpolitik der Wehrmacht neue Kriegsziele, eine neue Kriegsdoktrin und eine neue Frontstellung für den Kriegsfall gestellt hat, so hat die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik die kapitalistische Wirtschaft in die Kriegsmaschine restlos eingeschaltet. Die Reichswehr rechnete unter Seeckt nur auf einen Zweikampf mit Polen, schlimmstenfalls mit Frankreich bei Neutralisierung Englands und Italiens und von Entlastung vom Osten her durch freundliche Neutralität, wenn nicht gar Unterstützung der Sowjetunion. Die Forderungen, die die neue Kriegs- und Außenpolitik, welche auf europäische Hegemonie, großdeutsches faschistisches Imperium, Ko-

lonisierung Osteuropas und Niederschlagung Frankreichs hinzielt, der Wirtschaft stellt, sind grenzenlos. Die Kriegswirtschaft bedeutet für Deutschland nicht nur die beschleunigte Verzehrung von Waren- und Kapitalreserven, sie führt auch zur Deformierung der Produktionswirtschaft durch Umstellung auf die Autarkie und riesige Fehlinvestitionen. An Stelle der Rationalisierung tritt die universale Kriegschemie, statt der Entwicklung der Produktivkräfte kommt die allgemeine Ersatzwirtschaft. Wird an der Kriegswirtschaft festgehalten, so stellt sich für das Dritte Reich die Wahl: entweder Explosion im Krieg oder Erschöpfung infolge der unerhörten Vergeudung für die Kriegsvorbereitung. Die erste Voraussetzung der Normalisierung der Wirtschaft ist für den deutschen Faschismus die Entmilitarisierung, die Demobilmachung der Wirtschaft. Wird die Kriegswirtschaft in bisheriger Art weiter getrieben, so wird die Entscheidung über das Schicksal des deutschen Kapitalismus auf den Schlachtfeldern fallen.

Die Wirtschaftskrise der nationalsozialistischen Diktatur ist zur Zeit sichtbarer als die politische. Für eine gewisse Zeit steigert der Faschismus die Sicherheit und die Macht der besitzenden Klassen. Aber im Rahmen einer größeren historischen Periode und auf dem Boden der zerrütteten kapitalistischen Ordnung wird er zu einer Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft. Der Faschismus treibt die Konzentration der Macht auf die Spitze, schafft für die Verteidigung der kapitalistischen Ordnung einen Staatsapparat von gewaltiger Schlagkraft. Aber der totale faschistische Staat ist der einzige und der letzte Beschützer der kapitalistischen Ordnung. In den demokratischen kapitalistischen Ländern bildet die freie politische Selbstbestimmung des Bürgertums die Hauptstütze für die Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Stütze ist materiell schwächer als die faschistische Diktatur, dafür aber elastischer und mannigfaltiger. Eine einzige Organisation, die regierende Diktaturpartei, muß im faschistischen Staat die besitzenden Klassen beschützen und vertreten. Der Besitz klammert sich an sie, er kann aber ihre Menschenauslese nicht regeln, er verfügt auch nicht über die genügende politische Kontrolle ihrer letzten politischen Entscheidungen. Was die Bourgeoisie an der Festigkeit des eisernen Panzers der faschistischen Diktatur gewinnt, verliert sie politisch durch eigene Knochenerweichung, durch die Unmöglichkeit und Unfähigkeit, die kritischen Lagen selbst zu meistern. Der Faschismus spielt verwegen mit der Existenz der bürgerlichen Gesellschaft und steigert gewaltig das große Risiko: des Krieges und der Revolution. Mit der NSDAP sind die politischen Reserven des deutschen Kapitalismus erschöpft. Bei den beiden großen Erschütterungen der Nachkriegszeit, 1918—19 und 1923—24, ist der deutsche Kapitalismus durch die politischen Kräfte der Demokratie gerettet worden: 1918 durch den reformistischen Sozialismus, 1923 durch die Parteien der Mitte. Diese Reserven bestehen nicht mehr, sie sind auch nicht mehr herstellbar. Die kapitalistische Ordnung ist in Deutschland auf Gedeih und Verderb mit der faschistischen Diktatur verbunden. Jede ernste Erschütterung der Diktatur muß den deutschen Kapitalismus machtpolitisch entblößen und

schutzlos lassen. Die kapitalistische Gesellschaft, die nicht mehr imstande ist, von sich aus eine politische und eine Staatsorganisation zu bilden, sich selbst eine Massengrundlage zu geben, muß zugrunde gehen, wenn ihre politische Schutzorganisation, wenn die Diktatur erschüttert und zerschlagen wird. Der Zusammenbruch des russischen Kapitalismus war nicht die Folge der Wirtschaftskrise und schon gar nicht seiner Ueberreife, sondern das Ergebnis seines Zusammenwachsens mit dem Zarismus, einer verfaulten politischen Herrschaftsorganisation, deren Untergang den russischen Kapitalismus politisch entmachtete.

Deutschlands revolutionäre Dynamik.

Der Vergleich zwischen dem russischen Absolutismus und der nationalsozialistischen Diktatur bezieht sich nicht allein auf die Entwicklungsgesetze der Diktatur, sondern auch auf die der Revolution. Der deutsche Marxismus steht heute vor der Aufgabe: der Aufdeckung der revolutionären Dynamik seines Landes. Der Marxismus ist jetzt in Deutschland nicht die Theorie der organischen Entwicklung des Kapitalismus, sondern die Theorie der gesellschaftlichen Krise, eine revolutionäre Theorie. Sie verlangt die Erkenntnis und die Vorausahnung der sozialen Gesamtentwicklung mit ihren politischen Katastrophen, der Klassenmechanik der heranreifenden Revolution. Nun wird aber die Revolutionierung der Gesellschaft in Deutschland nicht die Folge einer *fortschreitenden* kapitalistischen Entwicklung sein, sondern die Folge der Deformierung und der Erschütterung des Kapitalismus, der Anhäufung der Explosivstoffe unter der faschistischen Diktatur. Der soziale Träger der revolutionären Prozesse, das Proletariat, muß nicht herausgebildet werden, er ist schon da, nur unter den Trümmern der politischen Katastrophe verschüttet, durch die faschistische Diktatur unterdrückt.

Der deutsche Reformismus hat, wie übrigens auch der Kommunismus, die *Dynamik der Gegenrevolution* nicht erkannt und nicht vorausgesehen, er ist deshalb durch sie überrascht und überrannt worden — durch ihre Massenmobilmachung und ihren Massensturm, durch ihre Strategie von List und Gewalt, durch ihren besessenen Machtwillen, durch das Tempo der Gleichschaltung. Die Dynamik der Gegenrevolution ist bereits abgeschlossen, der deutsche Faschismus ist konservativ geworden, er beginnt vor den Massen Angst zu haben. Die Periode der *Dynamik der Krise der Gegenrevolution* tritt ein. Für sie sind gegenwärtig der beginnende Abfall der Massen und die Zersetzung und die Kämpfe in den Spitzen der Gegenrevolution kennzeichnend. Unmittelbar an die Dynamik der Krise der Gegenrevolution wird sich die *Dynamik der Revolution* anknüpfen. Wir müssen den Mut haben, in die Zukunft Deutschlands hineinzuschauen, uns nicht nur den ersten, sondern auch den zweiten Tag der Revolution vorzustellen, ja, die Richtung ihres Gesamtablaufs.

Die Erschütterung und der Sturz der faschistischen Diktatur muß in Deutschland unvermeidlich zur Sprengung der kapitalistischen Ord-

nung führen. Die anti-faschistische Revolution wird in Deutschland nur als anti-feudale und anti-kapitalistische, d. h. als sozialistische Revolution siegen. Der Kampf um die Freiheit wird in Deutschland untrennbar und unmittelbar mit der Rebellion gegen das Elend verbunden werden. Das Regime selbst arbeitet durch den Sieg des Schacht-Kurses und seiner Verelendungspolitik dafür, daß das Dilemma: faschisierter Kapitalismus oder Sozialismus heißen wird, daß das einzig mögliche Gegenbild des faschistisch-kapitalistischen Wirtschaftssystems der Sozialismus sein wird. Bereits das ökonomische Wesen des deutschen Monopolkapitalismus schließt die Möglichkeit aus, daß nach dem Sturze der faschistischen Diktatur die Rückkehr zum liberalen Kapitalismus erfolgt. Aber auch der Sieg einer kapitalistischen Planwirtschaft von der Rooseveltschen Art ist für Deutschland unmöglich.

Bereits bei der ersten Etappe der antifaschistischen Revolution wird das Proletariat als entscheidende Kraft auftreten, bei ihm wird das politische und soziale Schwergewicht liegen. Nun versucht der Faschismus das Proletariat politisch aufzulösen, das Klassenbewußtsein auszutreiben, die Arbeiterschaft amorph zu halten, es an den totalen Staat zu ketten. Die Erfassung der Arbeiterschaft durch die faschistischen Massenorganisationen gehört sogar zum Wesen des faschistischen Staates in Italien. Der deutsche Faschismus kann sich das nicht leisten. Der Versuch, die Arbeiterschaft in das Dritte Reich organisatorisch einzugliedern, ist nicht einmal unternommen worden. Die faschistischen Gewerkschaften wurden nicht gebildet, der korporative Aufbau des Staates abgesagt. Es ist bei dem lächerlichen Gebilde der Arbeitsfront geblieben. Der Faschismus hat Angst, die Arbeiter auch nur in den faschistischen Organisationen zu sammeln. Der Versuch, die Arbeiterschaft zu faschisieren, mißlang. Es ist Defaitismus, wenn auch von sozialistischer Seite das Proletariat als die treueste Stütze des Regimes hingestellt wird. Am 19. August stammten mindestens drei Viertel der Nein-Stimmen aus der Arbeiterschaft. In welcher anderen sozialen Schicht, in welcher anderer Gruppe der Opposition ist soviel Haß gegen die Diktatur, soviel Zähigkeit, soviel revolutionäre Bereitschaft vorhanden, wie in der Katakomben-Opposition der sozialistischen Proletarier? Welcher Unterschied in moralischer Haltung und politischer Festigkeit im Vergleich mit der Meckerer-Opposition des Mittelstandes! Trotz der augenblicklichen Passivität der proletarischen Mehrheit bleibt ein gigantisches revolutionäres Potenzial bestehen. Die erste ernste Erschütterung des Regimes, die erste Möglichkeit von Bewegungsfreiheit wird es zur Entfaltung bringen.

Im Verlaufe des revolutionären Prozesses wird die Initiative in die Hände der revolutionären proletarischen Partei fallen, von ihr wird das Gesetz des Handelns ausgehen. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß der erste Stoß gegen das Regime nicht von ihr geführt wird. Die deutsche Revolution wird sich auf aufsteigender Linie entwickeln, die Initiative wird in die Hände immer radikalerer Gruppen übergehen. Die soziale Struktur Deutschlands und das Uebergewicht der proletarischen Massen, die Tiefe der kapitalistischen Krise, die Aufwühlung

der antikapitalistischen Leidenschaft der Mittelklassen und des Proletariats selbst, die Wucht, mit der der durch die faschistische Diktatur gehemmte proletarische Klassenkampf aufflammen wird, die Erbitterung des Kampfes lassen es ausgeschlossen erscheinen, daß auf irgend einer Zwischenphase sich das politische Kräfteverhältnis auf dem halben Wege eines Kompromisses auf kapitalistischer Grundlage dauernd stabilisieren kann. Die proletarische Revolution gegen den Kapitalismus wird die Volksrevolution gegen den Faschismus abschließen. Das Tempo und das Maß des Erfolges wird von der Kampfkraft und von der Fähigkeit der revolutionären proletarischen Partei abhängen, die Volksmehrheit um sich zu gruppieren.

Taktische und strategische Aufgaben.

Nicht ein Sprung kann von der totalen faschistischen Diktatur zum Siege der sozialistischen Revolution führen. Die illegale proletarische Opposition, das Proletariat, das nicht die minimalste Bewegungsfreiheit hat, kann die waffenstarrende, über eine breite Massenbasis verfügende faschistische Diktatur nicht stürzen. Die faschistische Diktatur kann erst gestürzt werden, wenn ihre Spitze durch innere Kämpfe zermürbt, wenn ihr Machtapparat zersetzt, wenn ihre Massengrundlage, ihre Massengefolgschaft auseinandergefallen ist. Das Proletariat kann nur dann die Macht erobern, wenn es über Bewegungs- und Organisationsfreiheit verfügt. Eine ganze Entwicklung muß zwischen der Zersetzung der faschistischen Diktatur und dem Siege der sozialistischen Revolution liegen. Der Sieg der sozialistischen Revolution ist kein Akt, sondern ein Prozeß.

Die Taktik ist die Lehre, wie man die Schlacht gewinnt, die Strategie, die Lehre, wie man im Kriege den Sieg erfechten muß. Die taktische Aufgabe des anti-faschistischen Kampfes ist der Sturz der faschistischen Diktatur, die Wiedereroberung der Freiheit, der Sieg in der Schlacht gegen die braunen Totfeinde. Die strategische Aufgabe ist die Eroberung der Macht, der Sieg der sozialistischen Revolution, die Gewinnung der ganzen Kampagne. Die große strategische Zielsetzung darf die Durchführung der entscheidenden taktischen Aufgabe, deren Lösung die wichtigste Voraussetzung für jene ist, nicht stören. Das zähe Festhalten an der lebensnotwendigen taktischen Aufgabe darf anderseits nicht dazu führen, daß das große strategische Ziel aus dem Auge verloren oder aufgegeben wird.

Es ist nicht anzunehmen, daß der erste entscheidende Schlag gegen die faschistische Diktatur durch die revolutionäre, proletarische Partei geführt wird. Nicht die Jakobiner haben die Bastille gestürmt, nicht die Bolschewiki haben die Romanowsche Monarchie im März 1917 gestürzt. Die revolutionäre Partei in ihrer Vollentfaltung und ihr Sieg sind selbst erst Produkte des revolutionären Prozesses. Neben dem Proletariat werden in der ersten Etappe der revolutionären Krise auch andere soziale Gruppen auftreten, neben der revolutionären sozialistischen Partei auch andere politische Gebilde. Es wäre falsch, sie zu unterschätzen, es wäre gefährlich, sich Illusionen über ihren wirklichen Charakter zu machen.

Schon ganz gefährlich ist es, Illusionen darüber zu hegen noch bevor

die revolutionäre Krise eintritt, solange noch der Kampf innerhalb der Diktatur zwischen den Kräften der Gegenrevolution geführt wird. Man muß zwischen dem Kampfe gegen den Absolutismus oder die Reaktion und dem Kampfe um die faschistische Diktatur unterscheiden. Im Kampfe gegen den Absolutismus stehen alle oppositionellen Strömungen links von der Staatsgewalt. In dem Verlangen nach dem Rechtsstaat, nach der Gleichberechtigung der Bürger stehen sie auf gemeinsamem Boden. Der Erfolg auch der bescheidensten liberalen Opposition verspricht der Arbeiterklasse mehr Bewegungsfreiheit. So konnte Lenin 1901 seinen berühmten Satz an die gemäßigte Adelsopposition richten: »Willkommen, Ihr Herren Adelsmarschälle, unsere Verbündeten von morgen!« Ganz anders war es im Juni 1934, als der Kampf im Lager der deutschen Diktatur entbrannte. Er war und ist der Kampf zwischen den Richtungen und Gruppen der Gegenrevolution und *auf dem Boden der Gegenrevolution*. Niemand von den Teilnehmern dieses Machtkampfes hat nach dem Rechtsstaat und nach der Freiheit verlangt*).

Die Bedeutung der Kämpfe innerhalb des Regimes liegt nicht darin, daß daraus etwaige Bundesgenossen für uns entstehen können, sondern darin, daß sie die Diktatur zersetzen und schwächen. Der proletarische Anti-Faschismus darf nicht nach Bündnisfähigkeit für die Verbündeten des Faschismus trachten, sondern er muß aktionsfähig sein, um die Machtkämpfe innerhalb der Diktatur und die daraus entstehende Zersetzung des Systems auszunutzen. Erst wenn sich diese »Oppositionen« innerhalb des Systems, einschließlich der radikalen nationalsozialistischen, demaskiert und in gegenseitigen Kämpfen verbraucht haben, wird der Weg frei sein für die Herausbildung wirklicher oppositioneller Bewegungen. Aber das wird die Opposition der betrogenen und nach der Freiheit sich sehnenden Massen sein, und nicht die der Spitzen des Systems — die Opposition des revoltierenden Bauerntums, der nach der Organisations-

---

*) Es ist deshalb befremdend, daß Viktor Schiff im Juniheft dieser Zeitschrift zu dieser Auseinandersetzung geschrieben hat, wir dürfen uns nicht erlauben, etwaige Bundesgenossen in diesem Kampfe (gegen Hitler) vor den Kopf zu stoßen, die vielleicht heute schon unsere Wegbereiter sind und zur Zeit sogar über stärkere Aktionsmöglichkeiten verfügen als wir. „Jede Präzisierung wäre hier von Uebel, jeder politisch Denkende wird schon verstehen, wen ich meine". Oh ja, wir verstehen ausgezeichnet! Der General Fritsch, und vielleicht sogar Blomberg, der Herr von Papen und der Kronprinz Rupprecht, der Kardinal Faulhaber und der Pfarrer Niemöller? In dem von Schiff angedeuteten Zusammenhange konnte es *nur* um die reaktionär-monarchistische, um die kapitalistisch-reaktionäre oder um die klerikale „Opposition" gehen. Und was hat sich herausgestellt? Es war kein Kampf gegen Hitler, sondern *ein Kampf um Hitler, um den Platz neben Hitler, ein Kampf innerhalb des Systems*. Gerade diejenigen, die ihn gewonnen haben, die Blomberg, Papen und Schacht, haben ihn für die *kapitalistische Normalisierung der Diktatur* gewonnen, es sind heute die treuesten und wichtigsten Stützen Hitlers. Unsere vermeintlichen „Bundesgenossen" von gestern entpuppen sich als unsere ärgsten Totfeinde von heute. Eine deutliche Warnung an die, die auf der Suche nach den bürgerlichen und reaktionären Verbündeten uns empfehlen, die sozialistische Fahne zusammenzurollen und auch die Spaltung zu verewigen, um die „etwaigen Bundesgenossen" durch das kommunistische Gespenst nicht abzuschrecken.

und Bewegungsfreiheit schreienden katholischen Arbeiter, der über den Kulturverfall entsetzten, die Geistesfreiheit verlangenden Intelligenz. Nur diejenigen Gruppen und Bewegungen können für den proletarischen Antifaschismus in Frage kommen, die bereit und fähig sind, den entschlossenen Kampf um die Freiheit zu führen, die das System der Diktatur bekämpfen wollen und können.

Aber auch in der Etappe, in der der Kampf gegen die Diktatur, der Kampf um die Freiheit im Vordergrund stehen wird, muß die revolutionär-sozialistische Bewegung ihre völlige Selbständigkeit bewahren. Der Druck der revolutionären sozialistischen Opposition auf die wirklichen Verbündeten einerseits, auf den faschistischen Feind andererseits, wird desto größer sein, je größer die Anziehungskraft und die Schlagkraft dieser Opposition sein wird. Schon im Kampfe um die Freiheit, in dem Tageskampfe gegen die Diktatur müssen die proletarischen Kaders für den Kampf um die sozialistische Revolution vorbereitet werden. Würde die große strategische Aufgabe aus dem Bewußtsein dieser Kaders verschwinden, dann bestünde die Gefahr, daß der 9. November sich nochmals wiederholte, daß nach dem Sturze der faschistischen Diktatur die Arbeiterschaft, betrogen und gespalten, sich im Schlepptau der »etwaigen Verbündeten« befände.

Gewiß, der revolutionäre Sozialismus muß realistisch sein. Er muß sich über die Besonderheiten der ersten Etappe des Kampfes um die Freiheit, der taktischen Aufgabe, im Klaren sein. Es genügt auch nicht die revolutionäre Generallinie aufzuzeigen. Man muß sie mit größter Wirksamkeit, mit größten Chancen für den Sieg verfolgen. Aber dieser Realismus hat mit der Suche nach etwaigen Verbündeten aus dem Lager der Reaktion nicht das geringste zu tun. Im Gegenteil: er verlangt die größte Ausbreitungsfähigkeit des revolutionären proletarischen Sozialismus in den Volksmassen und seine Fähigkeit, die revolutionären Aufgaben praktisch zu verwirklichen.

Dazu ist Doppeltes notwendig: Einmal die *Volkstümlichmachung des deutschen Sozialismus*. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben zuletzt zu sehr eine zünftlerische Arbeiterpolitik getrieben, die Kommunisten die sektiererische. Den Urtyp der sozialdemokratischen Organisationen bildete der Verein, der kommunistischen — die Sekte. Beide Parteien waren nicht imstande, die politische Führung der Nation an sich zu reißen, die Mehrheit des Volkes um sich zu sammeln. Die Sozialdemokratie appellierte an die organisierten Gewerkschaftsmitglieder, die Kommunisten an die Arbeitslosen. Beide Parteien waren nicht imstande, die Sprache des Bauern, des kleinen Gewerbetreibenden, des Intellektuellen zu sprechen. Für die Politik des revolutionären Volksblocks unter proletarischer Führung braucht man die plebeische Schlagkraft der Form und eine auf die Erfassung und soziale Befriedigung aller werktätigen Schichten hinzielende und deshalb differenzierte Politik. Dann verlangt dieser revolutionäre Realismus *die Darstellung der sozialistischen Zielsetzungen als praktischer konstruktiver Lösungen*. Also sachliche Leistungs-

fähigkeit bei der sozialistischen Verwirklichung, die Inangriffnahme des sozialistischen Ziels bei der Betonung der Unvermeidlichkeit der Uebergangsformen.

Der sozialistische Freiheitskampf.

Die Wiedereroberung der Organisations- und Bewegungsfreiheit ist für das Proletariat die wichtigste taktische Aufgabe. Der Kampf um die Freiheit erzeugt das höchste Kampfpathos, die größte Schlagkraft und Opferbereitschaft. Der Kampf gegen die Ausbeutung und Verelendung, in die der Faschismus die Volksmassen stürzt, kann nur als Freiheitskampf gewonnen werden. Nur wenn die Mehrheit des Volkes in der Unfreiheit erstickt, wenn sie sich ihrer Entrechtung und Erniedrigung unter der faschistischen Diktatur bewußt wird, wird der Sturz der Diktatur möglich, der Weg für den Kampf um den Sozialismus geebnet werden. Aber die Verwirklichung der Freiheit ist mehr als eine taktische Aufgabe: sie ist der Inhalt des Sozialismus selbst.

Es wäre falsch, den Kampf für den Sozialismus, von dem Kampf für die Freiheit zu trennen. Aber auch umgekehrt: Es wäre verderblich, den proletarischen Kampf für die Freiheit von seinen sozialistischen Konsequenzen zu trennen, von den Perspektiven der sozialistischen Revolution loszulösen. Deutschland lebt nicht im Jahre 1847, am Vorabend der bürgerlichen Revolution. Es ist utopisch zu glauben, daß die revolutionären Umwälzungsprozesse, einmal in Deutschland begonnen, mit der Wiedereroberung der Freiheit aufhören. Der Kampf um die Freiheit erfolgt in Deutschland auf der Grundlage einer erschütterten Gesellschaftsordnung, eines totkranken Monopolkapitalismus. Die faschistische Diktatur wird in Deutschland über eine Gesellschaft ausgeübt, die fertige Elemente des Sozialismus in sich enthält. Hier kann der Kampf für die Freiheit keine anderen Ziele verfolgen als die Eroberung des Sozialismus.

Aber dieser Kampf um die Freiheit und der sich an ihn anschließende Kampf für den Sozialismus wird in Deutschland in einer ganz besonderen politischen Situation geführt werden. Er wird gegen den brutalsten Faschismus, die stumpfste Reaktion, die herrschsüchtigsten besitzenden Klassen der Welt geführt werden, gegen Henker, Sklavenhalter und Landsknechte. Es ist klar, daß die, die es mit dem Kampfe ernst meinen, die Fragen der Macht und der revolutionären Strategie in den Vordergrund stellen: Wie zerschlägt man die Gegenrevolution? Wie sichert man die eroberte Freiheit und den sozialistischen Aufbau? Wie bricht man den Widerstand der besitzenden Klassen? Das Proletariat kann vor diese Aufgaben im Verlaufe eines Krieges gestellt werden und dann werden die Kämpfe noch rücksichtsloser geführt werden müssen.

Der deutsche Sozialismus wird nur als freiheitlicher Sozialismus siegen können. Aber er muß dafür von den Schlacken der reformistischen Epoche gereinigt werden, er darf nicht zum Aushängeschild des Reformismus alten Stils gemacht werden. Der deutsche Reformismus der Vorkriegszeit war nicht republikanisch: »Wir sind Sozial*demokraten*, *nicht* Sozial*republikaner*«, schrieben 1909 die »Sozialistischen

Monatshefte«. Der deutsche Reformismus hat im Krieg grundsätzlich den Frieden mit der Monarchie geschlossen, er hat keine demokratisch-republikanischen Ziele verfolgt, besaß nicht die konkrete Vision des demokratischen Staates. Er hat nach dem Krieg es nicht vermocht, in den Massen die echte republikanische Leidenschaft zu entfachen. Er hat die große anti-preußische und anti-feudale revolutionär-demokratische Tradition von Marx und Engels preisgegeben, die einzige, mit der es möglich wäre, in Deutschland die bolschewistische Ideologie erfolgreich zu bekämpfen. Er hat es nicht vermocht, in der Republik große Kämpfe um Freiheit und Recht zu führen. Hunderte deutscher Dreyfusse wanderten in Zuchthäuser und Gefängnisse, keine einzige Affäre Dreyfus ist daraus entstanden. Wo war im deutschen Reformismus der republikanisch-demokratische Schwung eines Jaurès, der Machtwille und der Haß gegen die alte Ordnung eines Clémenceau? Der deutsche Reformismus ist nicht berechtigt, sich heute als Champion und Hüter des freiheitlichen Sozialismus aufzuspielen.

Das Ziel des demokratischen Sozialismus bleibt unverändert, aber die Art seiner Verwirklichung unterscheidet sich je nach den historischen Situationen. In den demokratischen Ländern bedeutet der demokratische Sozialismus nicht allein das Ziel, sondern auch die politische Methode. Wir haben gesehen, wie in Norwegen, dem einzigen Lande Westeuropas, wo der Kommunismus die Arbeiterbewegung beinahe restlos für sich gewonnen hat, die kommunistische Partei sich zur Partei des demokratischen Sozialismus entwickelt hat, weil sie auf dem Boden der Demokratie aufgewachsen ist und wirkte. Die Demokratie erzieht zur Demokratie. Aber was kann und muß der demokratische Sozialismus im Lande der faschistischen Diktatur mit den Klassengegensätzen Deutschlands bedeuten? Nicht den Verzicht auf die revolutionären Kampfmittel und nicht den Verzicht auf die revolutionäre Generallinie. Er bedeutet hier den Willen und die Fähigkeit, den sozialistischen Befreiungskampf zur Sache der Mehrheit des Volkes zu machen und die Freiheit im Sozialismus zu verwirklichen.

Die Voraussetzungen dafür sind der Neuaufbau der revolutionär-sozialistischen Bewegung und die Realisierung der proletarischen Einheit.

Die österreichische Erfahrung

Eine Antwort an Otto Bauer
von dem Verfasser der »Grenzen der Gewalt«*).

1. Primitive Psychologie.

Daß meine Schrift über die »Grenzen der Gewalt« auf eine lebhafte Kritik stoßen werde, erwartete ich von vornherein. Selbstverständlich ist es dem Verfasser eines Buches unmöglich, jedem Kritiker zu entgegnen. Wenn ich trotzdem auf Otto Bauers Kritik im Oktoberheft des »Kampf«

*) Grenzen der Gewalt. Aussichten und Wirkungen bewaffneter Erhebungen des Proletariats von * * * Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad.

(Der Aufstand als — Fehler) antwortete, geschieht es nicht, um einige kritische Bemerkungen zurückzuweisen, sondern weil seine Ausführungen zeigen, daß sich zwischen uns eine grundsätzlich verschiedene Art, die Dinge zu betrachten, gebildet hat.

In bezug auf die tatsächliche Darstellung des Februaraufstandes besteht keine wesentliche Differenz zwischen Otto Bauer und mir. Nur bewertet er manche Tatsachen anders als ich. Ich weise darauf hin, daß an dem Aufstand bloß ein »kleines Häuflein« beteiligt war. Otto Bauer sagt, es sei »eine kleine Minderheit der Arbeiterklasse« gewesen. Das kommt doch auf dasselbe hinaus. Eine genaue Statistik kann er ebensowenig geben wie ich.

In der Bewertung dieser Minderheit unterscheiden wir uns allerdings sehr. Er meint, in keiner Revolution sei es anders gewesen, als in den Tagen des letzten Februar. Stets sei eine solche nur von einer Minderheit der revolutionären Klasse ausgefochten worden.

Das trifft zu für die rein militärische Seite des Kampfes. Es war in jedem Aufstand stets nur eine kleine Minderheit, die mit der Waffe gegen die »Exekutive« kämpfte. Allerdings in *erfolgreichen* Revolutionen erreichte diese kämpfende Minderheit eine höhere Zahl als im Februar 1934 in Wien. Eine genaue Statistik fehlt in dem einen wie in dem anderen Fall. Aber es ist bemerkenswert, daß zum Beispiel die Zahl jener Kämpfer, die 1830 in Paris auf den Barrikaden fielen (Tote und Verwundete) und die bekannt wurden, auf 1600 bis 1700 angegeben wird. Ihre wirkliche Zahl war sicher bedeutend höher. Paris hatte damals etwa halb soviel Einwohner als das heutige Wien. Die Zahl der Barrikadenkämpfer muß daher im Juli 1830 absolut und noch mehr relativ erheblich höher gewesen sein als die der Kämpfer des Februar 1934.

Indes ist das nicht das Entscheidende. Diejenigen Barrikadenkämpfe, die mit einem Sieg der Revolution endeten, zeichneten sich dadurch aus, *daß die große Mehrheit der Bevölkerung fieberhaft erregt auf die Straße ging*, wohl nicht, um zu kämpfen — dazu fehlten zumeist die Waffen — jedoch um die staatliche Exekutive zu hemmen, soviel sie konnte. In der Nacht vom 27. zum 28. Juli 1830 sowie in der nächsten Nacht wurden in Paris viele tausende Barrikaden aufgerichtet. Das war das Werk nicht einer Minderheit, es konnte nur das Ergebnis des revolutionären Eifers der gesamten Volksmasse sein. Ueberall, in allen Bezirken, in allen Straßen suchte sie damals nach Waffen und Munition, überall wurden Kugeln gegossen, machte man sich daran, Pulver zu fabrizieren. Allenthalben trug man den kämpfenden Revolutionären nicht bloß Waffen zu, sondern auch Proviant. Ueberall fanden die Verwundeten eine Hilfe, die Flüchtenden eine Zuflucht, in der sie sich sammeln konnten, um im Rücken der vorrückenden Truppe von neuem aufzutauchen. Ueberall tat sich ein freiwilliger Kundschafter- und Postendienst auf, der den Revolutionären gegen die Truppen diente. Diese sahen sich ganz isoliert in einem brandenden Meer von Haß und Verachtung. Das zermürbte sie, machte sie zuerst unsicher, dann unwillig.

Dieser energischen Teilnahme der Bevölkerung allein dankten die er-

folgreichen Revolutionen ihren Sieg. Wo sie ausblieb, erlag der Aufstand, trotz des größten Heroismus der Kämpfer, selbst wenn diese zahlreicher waren als die der Februartage.

Eine derartige Mitwirkung der Bevölkerung fehlte in dem Wiener Februaraufstand.

Das kann Otto Bauer nicht leugnen. Auch hier unterscheidet er sich von mir nur dadurch, daß er die gleiche Tatsache sieht wie ich, sie nur verschieden einschätzt. Ich selbst habe über die Gründe nicht eingehend gesprochen, durch die sich die übergroße Mehrheit der Wiener Arbeiter bestimmen ließ, inmitten des Getöses der Erhebung ruhig ihre Arbeiten fortzusetzen. Einmal bemerke ich, daß viele von ihnen es taten, weil sie den Aufstand für aussichtslos hielten. Das hält Bauer für eine Herabwürdigung der Wiener Arbeiter. Nein, meint er, ihr Motiv sei ein anderes gewesen: »Sie haben es aus Angst getan, aus Angst um die bedrohte Arbeitsstelle.« Und er wirft mir »primitive, rationalistische Psychologie« vor, weil ich diese Ursache der »Passivität der eingeschüchterten Massen« nicht erkannt habe. Ich wäre wahrhaftig blind, wenn ich die Wirkungen der Krise und der Arbeitslosigkeit nicht sehen könnte. Ich weise tatsächlich auf sie mehrfach hin. Aber wie kläglich müßten die Wiener Arbeiter beschaffen sein, wenn sie den Sieg für möglich hielten und trotzdem aus bloßer Angst in der Werkstatt blieben! Und diese »eingeschüchterte Masse«, die doch auch für Otto Bauer die große Mehrheit der Wiener ausmachte, sollte der ganzen Welt ein erhebendes Beispiel von Heldenmut gegeben haben, im Gegensatz zu den kläglichen deutschen Arbeitern? Ich finde, gerade die Bauersche Version müßte Geringschätzung für den Wiener Arbeiter bei jedem erzeugen, der sie für richtig hält.

In meiner »primitiv rationalistischen Psychologie« habe ich eine andere Wirkung der Arbeitslosigkeit gesehen, von der Otto Bauer nicht spricht: die Verzweiflung der Arbeitslosen, die bewirkte, daß sie sich blind jeder Gefahr aussetzten und die ihnen eine ganz andere Taktik plausibel machte als ihren in Arbeit stehenden Kollegen. Daß diese letzteren kampfunlustig, ja vielfach kampfunfähig waren, stand schon vor den Februartagen fest.

Otto Bauer wendet sich gegen meine Behauptung, die Erhebung sei von vornherein aussichtslos gewesen:

> »Es ist falsch, zu behaupten, daß gar keine Möglichkeit zu siegen bestanden habe. Wenn es gelungen wäre, die Eisenbahnen stillzulegen, wenn der Aufstand im ganzen Land ausgebrochen wäre, dann wäre es schwerer geworden, ihn niederzuwerfen.«

Aber jeder, der die Dinge nüchtern betrachtete, mußte wissen, daß die Eisenbahner nicht streiken würden. Sie hatten sich schon ein halbes Jahr vor dem Februaraufstand bei einem Konflikt mit der Regierung vor dieser ohne den geringsten Versuch eines Widerstandes gebeugt. Und wie es mit der Kampfstimmung in den Gewerkschaften stand, darüber gab sich kein Gewerkschafter einer Täuschung hin. Wenigstens kein nüchterner.

Daß die Erwartung, die Eisenbahner würden den Bahnbetrieb ein-

stellen, die beschäftigten Arbeiter würden in den Generalstreik eintreten, eine Illusion war, das haben die Ereignisse bewiesen. Aber wer die Augen offen hielt, wußte das schon vorher. Schon ein halbes Jahr vor dem Februar 1934 haben nicht wenige von uns ihre warnende Stimme erhoben und vorausgesagt, was uns bevorstehe, wenn es zu einer bewaffneten Erhebung käme. In der Tat wurden von allen Genossen, die ich in den letzten Monaten vor dem Februar sprach, unsere Aussichten im Fall eines Konflikts mit den Streitkräften der Regierung als höchst trüb bezeichnet. Aber verzweifelt entgegnete man mir, widerstandslos, wie die Deutschen, dürften wir uns nicht knebeln lassen. Lieber in Ehren sterben als ehrlos verderben. Das ist auch heute noch für Otto Bauer das entscheidende Argument.

Daran ist so viel richtig, daß eine Partei ihr Ende besiegelt, wenn sie vor einem sie bedrohenden Feind widerstandslos kapituliert. Doch erst seit dem Weltkrieg hat in der Sozialdemokratie die Ansicht größere Ausdehnung gewonnen, daß in einem solchen Fall nur e i n e Form des Widerstandes statthaft sei, die des W i d e r s t a n d s m i t b e w a f f n e t e r F a u s t, und daß ein solcher auch dann geboten sei, wenn die Verhältnisse einen Erfolg ausschlössen. Die moralischen Wirkungen, die er hinterlasse, seien selbst im Falle einer Niederlage enorm.

Bis dahin galt in unserer Partei der Grundsatz, wir müßten alle Versuche unserer Gegner zunichte machen, uns auf ein Terrain zu locken, auf dem sie uns so sehr überlegen wären, daß sie uns niederwerfen könnten. Das plante zum Beispiel Bismarck, als das bißchen Demokratie im deutschen Reich immer mehr die Sozialdemokratie begünstigte. Da ging er immer mehr darauf aus, den Arbeitern ihre Rechte zu nehmen, um dadurch einen Ausbruch der Volkswut zu provozieren und so Gelegenheit zu bekommen, bei der, wie einer seiner Minister sagte, »Die Flinte schießt und der Säbel haut.« Dann würde er die Sozialdemokratie für Jahrzehnte hinaus in den Boden stampfen.

Zu seinem Leidwesen bot ihm unsere Partei diese Gelegenheit nicht. Als 1878 Hödel und Nobiling auf den deutschen Kaiser schossen, war das für Bismarck die gleiche Gelegenheit, wie sie 1933 der Reichstagsbrand Hitler und seiner Bande bot. In der dadurch hervorgebrachten Panik gelang Bismarck dasselbe, was später Hitler: die deutschen Sozialdemokraten rechtlos zu machen.

Aber keiner unter diesen dachte jemals daran, dies mit einem bewaffneten Aufstand beantworten zu wollen. Wilhelm Liebknecht, der sich bei dem Leipziger Hochverratsprozeß als »Soldat der Revolution« bezeichnet hatte, wiederholte damals immer und immer wieder die Mahnung: »Laßt Euch nicht provozieren, behaltet kaltes Blut.« Ebenso äußerte sich Bebel, und Marx wie Engels stimmten ihnen zu.

Niemand fiel es damals ein, in dem Verzicht auf bewaffneten Widerstand eine Kapitulation zu sehen. Die Partei bestand illegal fort, sie arbeitete unermüdlich weiter, trotz aller Verfolgungen, und errang schließlich, allerdings erst nach zwölf Jahren den Sieg, nicht durch die Ueberlegenheit

ihrer Waffen, sondern durch die Ueberzeugungstreue, Ausdauer und die Intelligenz der großen Masse ihrer Anhänger.

Wie die deutschen Sozialdemokraten dachte auch Viktor Adler. Sein Grundsatz war: Laßt Euch nicht provozieren, aber auch nicht einschüchtern.

Seitdem hat sich das etwas geändert. Wenn der Gegner eine bewaffnete Erhebung der Arbeiter wünscht, weil er alle Trümpfe in seiner Hand hat, und wenn er, um diese bewaffnete Erhebung herbeizuführen, die Sozialdemokratie provoziert, dann soll sie nach der neuesten Auffassung durch die Parteiehre verpflichtet sein, sich provozieren zu lassen, nicht weil sie einen Sieg für möglich hält, sondern um den vom Gegner erhofften Untergang in ruhmvoller Weise zu vollziehen, um also »in Schönheit zu sterben«.

Diese Auffassung, die früher nur bei einzelnen jugendlichen Hitzköpfen zu finden war, hat größere Verbreitung erlangt erst seit dem Weltkrieg, der militärisches Denken auch in sozialistische Kreise eindringen ließ.

Diese Denkweise illustriert sehr gut ein Brief Conrad von Hötzendorfs, der mir eben vor die Augen kommt. Er wurde geschrieben am 28. Juni 1914 vor Ausbruch des Krieges, den zu entfesseln sich Oesterreich anschickte. Hötzendorf sah voraus, daß es den Krieg verlieren, vielleicht daran zugrunde gehen werde, und doch hielt er ihn für notwendig:

> »Es wird ein aussichtsloser Kampf werden, und dennoch muß er geführt werden, da eine so alte Monarchie und eine so alte Armee nicht ruhmlos untergehen können.«

Nicht der Erfolg für die am Kampf beteiligten Menschen, sondern der Ruhm, das erscheint dem Kriegsmann als die Hauptsache.

Für die militarisierenden Sozialisten ist allerdings der Ruhm nicht Selbstzweck der bewaffneten Macht. Man nimmt an, daß er belebend und anfeuernd wirkt. Aber stets ist es der *Erfolg*, nie eine *Niederlage*, und wäre sie von gewaltigstem Heldentum begleitet, was anfeuernd wirkt. Wohl ist das Bewußtsein erhebend, Helden in den eigenen Reihen zu haben. Aber dieses Bewußtsein kann die niederdrückenden Folgen einer schweren Niederlage nur *mildern*, nicht *aufheben*. Die Geschichte der Bürgerkriege zeigt, daß die unterliegende Partei stets für lange Zeit gelähmt, wenn nicht ganz kampfunfähig wird, auch wenn ihre Anhänger noch so tapfer kämpften. Das galt zum Beispiel für den französischen Sozialismus nach der Pariser Kommune. Wohl meint Bauer:

> »Trotzdem bildet die Geschichte der Kommune die stolzeste Tradition, den größten Ruhmestitel des ganzen Pariser Proletariats.«

So sieht tatsächlich die Sache aus, wenn man Parteigeschichte schreibt, um »die stolzesten Traditionen und größten Ruhmestitel« eines Proletariats ausfindig zu machen. Aber anders erscheinen die Dinge, wenn wir fragen, wie weit das Pariser und das französische Proletariat überhaupt durch die Kommune gefördert worden sind. In einem Brief an Bebel vom Oktober 1884 konstatierte Engels: »Die Kommune habe das franzö-

sische Proletariat zurückgeworfen. Und damals noch, dreizehn Jahre nach ihr, laborieren die Leute daran.«

Kein Wunder, denn die Niederschlagung der Kommune kostete das Pariser Proletariat an Toten, Gefangenen, Geflüchteten an 100.000 Menschen. Welche Unsummen von Leid, welch Meer von Blut und Tränen birgt diese Zahl! Welch grauenhafter Aufwand an Glück und Kraft, aufgewendet mit dem Ergebnis der Zurückwerfung des Proletariats!

Man findet sich damit ab durch die Erwägung, daß die Erhebung der Kommune eine spontane war, und zwar provoziert durch unsere Gegner. Dagegen wäre es ein entsetzlicher Gedanke, ein derartig unermeßliches Blutopfer könnte das Ergebnis eines Aufstandes sein, den wir als einen aussichtslosen erkannt und doch bewußt hervorgerufen hätten, bloß um der Rettung der Parteiehre, des Prestiges willen. Die Verantwortung dafür müßte auch ein robustes Gewissen zerschmettern.

Nur davon aber handeln wir hier. Wir bestreiten in keiner Weise, daß Heldentum erhebend wirkt. Wohl aber bestreiten wir entschieden die Pflicht, ja sogar das Recht, die Parteigenossen zu einem blutigen Kampf aufzurufen, von dem von vornherein klar ist, daß er mit unserer Niederlage enden muß.

Otto Bauer glaubt mich zu widerlegen, wenn er auf die Haltung hinweist, die Marx-Engels im Herbst 1848 einnahmen, einerseits gegenüber dem Oktoberaufstand in Wien und andererseits gegenüber dem Einzug des Generals Wrangel in Berlin, der kampflos erfolgte.

> »Marx und Engels standen damals mit heißem Herzen auf der Seite der Wiener Oktoberrevolution.«

Diese Revolution läßt sich mit der Erhebung des letzten Februar nicht vergleichen. Der Oktoberaufstand war keineswegs von vornherein aussichtslos. Ganz Ungarn hatte sich zum Kampf gegen die Habsburger Regierung erhoben. Da bezeugte es große politische Einsicht, daß die Revolutionäre Wiens die Pflicht erkannten, den Ungarn zur Seite zu stehen. Geringere Einsicht legte die Leitung des ungarischen Aufstandes an den Tag. Sie wollte ihn in nationaler Engherzigkeit auf den »ungarischen Globus« beschränken und ließ daher die Wiener im Stich.

Deren heldenmütiger Kampf stach sicherlich sehr von der kampflosen Uebergabe der Berliner ab, die allerdings durch keine siegreiche Insurrektion in ihrer Nachbarschaft angestachelt wurden.

Uebrigens, mit heißem Herzen standen wir wohl alle auch jüngst auf Seiten der Wiener Rebellen. Mit dem Hinweis auf das heiße Herz ist jedoch gar nichts gesagt über die politischen Wirkungen der Haltung der Wiener sowie der Berliner im Herbst 1848. Der Heldenmut der Wiener Proletarier und Studenten im Oktober 1848 hat nicht verhindert, daß ihrer Niederlage die schwärzeste Reaktion folgte, völliger Absolutismus ohne jedes parlamentarisches Feigenblatt. Die Demokratie, ja auch der Liberalismus Oesterreichs wagte lange nicht die mindeste Regung und hätte sich noch anderthalb Jahrzehnte nach 1848 kaum gerührt ohne die Niederlagen der Armee in den Kriegen von 1859 und dann 1866 und den wachsenden Widerstand der Ungarn. In Preußen dagegen wagte auch nach dem kampf-

losen Einmarsch Wrangels die Monarchie nicht, die Kammer einfach zu beseitigen. Diese wurde nur reorganisiert, blieb aber bestehen, und sie fand schon ein Jahrzehnt nach der Niederlage der Revolution wieder eine so kampflustige Bevölkerung vor, daß der Landtag den Verfassungskonflikt mit der Kammer aufnahm, mit solchem Erfolg, daß der König Wilhelm daran dachte, zu kapitulieren und abzudanken. Daran hinderte ihn Bismarck, doch vermochte auch dieser nur dadurch der unbotmäßigen Opposition Herr zu werden, daß er sie an revolutionärer Kühnheit überbot, das allgemeine Wahlrecht gewährte und in zwei siegreichen Kriegen zuerst den deutschen Bund zertrümmerte und dann das neue deutsche Reich zusammenzimmerte.

Die Erinnerungen an die Helden des Oktober 1848 haben in Oesterreich nicht ein kraftvolleres Geschlecht wehrhafter Demokraten gezeugt, und ebensowenig hat die Erinnerung an Wrangels Einzug in Berlin später die Widerstandskraft der preußischen Demokratie gemindert.

Damit soll keine Geringschätzung der Wiener Oktoberkämpfer ausgesprochen, sondern nur von der Ueberschätzung der politischen Wirkung von Erinnerungen an einzelne heroische Kämpfe gewarnt werden.

Gewohnheiten des Alltags, lange wiederholt, schlagen tiefe Wurzel im Charakter eines Volkes und bestimmen seine Politik, seien es Gewohnheiten der Demokratie oder serviler Unterwerfung. Dagegen Erinnerungen an einzelne Episoden üben nur geringe praktische Wirkung aus, mögen sie die, die sie erlebten, noch so tief aufgerüttelt haben. Viel mehr als eine Erinnerung aus der Vergangenheit wirkt auf die Gestaltung der Kämpfe einer Zeit die Gegenwart. Und in der Gegenwart der jeweilige ökonomische Zustand. Oesterreich stand ökonomisch hinter Preußen zurück, darum waren in den sechziger Jahren seine Kapitalisten, seine Intellektuellen, seine Proletarier schwächer als die preußischen. In Ungarn wieder war es seine ökonomische Rückständigkeit, die seinem aristokratischen Liberalismus besondere Kampfeslust und Kampfesfähigkeit gegenüber dem Absolutismus verlieh, da der Adel dort nicht niederzuhalten war. Die Kraft von Wiens Liberalismus hing stets von der Unterstützung der Ungarn ab. Im Oktober 1848 hatte die Erwartung dieser Unterstützung die Empörung der Wiener hervorgerufen. Das Ausbleiben der Hilfe hatte den Fall Wiens bewirkt. Noch nach der Katastrophe von 1866 waren es wieder die Ungarn, deren Opposition Franz Josef zwang, dem österreichischen Liberalismus Konzessionen zu machen. Die Erinnerung an die glorreichen Kämpfer des Oktober 1848 hat dabei nichts geholfen.

Die Monarchen wähnen, die Jugend in ihrem Sinne beeinflussen zu können, wenn sie die »stolzen Traditionen und Ruhmestitel« der Dynastie in den Schulbüchern verkünden lassen. Wir Marxisten wissen, wie wenig Wirkung derartige Erinnerungen auch dann haben, wenn sie nicht gefälscht sind. Keine Legende vermag die Gemüter zu beherrschen, wenn sie in Widerspruch zu den Bedürfnissen der Gegenwart und den Mitteln steht, die sie bietet.

Sollen wir uns jetzt verführen lassen, den monarchistischen Wahn von

der durchschlagenden Kraft von Erinnerungen ins Revolutionäre zu übertragen? Ich meine, wir haben bei der jeweiligen Gestaltung unserer Politik ihre praktischen Wirkungen, namentlich für den Alltag, viel mehr in Betracht zu ziehen als die Erinnerung, die einzelne Heldentaten hinterlassen oder hinterlassen können. Heroische Taten findet man zeitweise in jedem Volk, jeder Armee, jeder Partei. Sie besagen nicht das mindeste über die Zweckmäßigkeit der von dem Volk oder der Partei befolgten Politik, noch darüber, welche Politik wir weiterhin einzuschlagen haben. Und um das, nicht um die Aufrichtung von Heldendenkmälern diskutieren wir heute. Vor den Heldendenkmälern neigen wir uns in Ehrfurcht. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit unter uns.

2. Der Schutzbund.

Ueber das Heldentum des Schutzbundes brauchen wir nicht zu streiten. Unterschiede in unseren Reihen zeigen sich erst, wenn wir die politischen Ergebnisse seiner Existenz erwägen und die Frage, wie weit seine Geschichte für unsere weitere politische Tätigkeit bestimmend wirken kann.

Kriege bringen abnorme Zustände mit sich, hinterlassen leicht abnorme Erscheinungen, die nur einmalig sind, sich nicht wiederholen. Solcher Art war zum Beispiel die Pariser Kommune am Ende des deutsch-französischen Kriegs. Dasselbe ist der Fall mit der bolschewistischen Diktatur, die aus dem Zusammenbruch der russischen Armee gegen Ende des Weltkriegs hervorging. Die Zustände, die diese Diktatur schufen, sind so abnorm, daß sie sich nie mehr wiederholen werden. Schablonenmenschen allerdings wähnten, in der ganzen Welt würden Sowjetrepubliken nach russischem Muster erstehen. Dieser Köhlerglaube hat den Befreiungskampf des Proletariats furchtbar gehemmt, da seinetwegen ungeheuer viel proletarische Kraft durch nichtige Bestrebungen sowie durch Spaltungen nutzlos vergeudet wurde.

Zu den einmaligen Folgen des Weltkriegs, die sich nicht wiederholen werden, gehört auch der österreichische Schutzbund.

Ueberall, wo die staatlichen Armeen im Laufe des Krieges zusammenbrachen, oder sich auflösten, oder auch nur ihre Disziplin lockerten, bildeten sich private Armeen, teils bloße Landsknechtshaufen, Zusammenrottungen entlassener Soldaten, teils Bewaffnungen der wehrhaften Elemente mancher Parteien. Das Bestehen solcher Armeen war auf die Dauer ein unmöglicher Zustand. Im Feudalstaat durfte jeder Feudalherr seine eigene bewaffnete Macht halten, auch die späteren Söldnertruppen konnten von einzelnen Kriegsunternehmern, Condottieri, angeworben und bezahlt werden. Das Wesen des modernen zentralisierten Staates duldet außer den Staatsorganen keine andere bewaffnete Kriegerschaft. So sind auch die bewaffneten Organisationen, die sich in einzelnen Ländern nach dem Weltkrieg bildeten, schließlich alle entweder aufgelöst oder zu einem Teil der Staatsgewalt gemacht worden. Sie haben diese entweder erobert oder sich ihr zur Verfügung gestellt, wurden auf diesem oder jenem Wege zu einem Teil der staatlichen Wehrmacht.

Nur der Schutzbund, der sich unter diesen Verhältnissen nach dem

Kriege in Oesterreich gebildet hatte, behauptete sich nicht nur als von der Regierung unabhängige Truppe, sondern sogar als sehr beachtete Stütze einer energischen Opposition. Als gut geschulte und bewaffnete Massenorganisation bildete er eine Erscheinung, die in der Geschichte des modernen Staates ihresgleichen nicht wieder fand.

Zu Unrecht wirft mir Bauer vor, ich hätte die Erhebung des Februar mit einem blanquistischen Putsch verglichen. Ich erklärte ausdrücklich, daß der Schutzbund »ein Mittelding zwischen Blanquismus und Miliz« darstellte (S. 32) und erörterte die »bedeutenden Unterschiede« zwischen einer blanquistischen Verschwörung und dem Schutzbund als einer »Organisation größerer Massen«. Ich kam bloß zu dem Ergebnis, daß ihm trotz seiner Ueberlegenheit über den Blanquismus »keine besseren Ergebnisse bestimmt waren als den blanquistischen Erhebungen des Vormarxismus«.

Ich habe nie bestritten, daß der Schutzbund auf einer höheren Stufe stand als der Blanquismus. Er war eine wahrhaft imponierende Erscheinung, um die die Genossen des Auslands die österreichische Partei beneideten, die sie auch vielfach nachzuahmen suchten. Da das später geschah, wo die Bedingungen nicht mehr bestanden, die das Aufkommen von Privatarmeen begünstigt hatten, kamen diese Nachahmungen über kümmerliche Ansätze nicht weit hinaus.

Je mehr der Schutzbund Freund und Feind imponierte, je größer die Kraft, die er repräsentierte, desto größer auch die Einwirkung, die er auf die Politik im Staate übte. Wohl enthielt er sich, im Gegensatz zu seinem Antipoden, der Heimwehr, jedes Versuchs, die Politik der Partei, mit der er verbunden war, zu bestimmen. Er überließ die Politik stets dem »Zivil« und beschränkte sich ganz auf seine militärische Ausbildung und Rüstung. Und die Partei selbst gedachte nie, ihn zu aggressiven Zwecken zu verwenden. Sie betrachtete ihn stets als bloße Schutzwehr, die nur anzuwenden sei, wenn die demokratische Verfassung gewaltsam zertrümmert werde.

Aber schon das bloße Bestehen einer ansehnlichen militärischen Macht erzeugt eine bestimmte politische Atmosphäre, der man sich nicht leicht entzieht. Allgemein verbreitete das Bestehen des Schutzbundes in der Partei die Zuversicht, daß durch ihn die Demokratie gesichert sei. In Ländern ohne Schutzbund wurde bei bedrohter Demokratie die Sozialdemokratie zumeist gezwungen, sich mit bürgerlichen demokratischen Parteien zusammenzutun und mit ihnen vereint die Staatsverwaltung in die Hand zu nehmen. Diese Koalitionspolitik hat zum Beispiel in der Tschechoslowakei die Demokratie gerettet.

Die österreichische Sozialdemokratie lehnte die Koalitionspolitik nie grundsätzlich ab, sie hat eine solche gleich nach dem Umsturz sogar praktiziert. Aber sie gab diese Politik doch bald als lästigen Zwang auf und betrachtete sie auch weiterhin zumeist als eine Art minderwertigen Tuns. Mit denselben Augen betrachtete sie auch andere Versuche ausländischer Bruderparteien, die ohne Schutzbund, durch eine kluge Politik des Hinhaltens, die Schläge der Gegenrevolution abzuwehren suchten. Erst als der österreichischen Sozialdemokratie das Feuer der Reaktion auf den

Nägeln brannte, suchte sie eine Verständigung mit den Gegnern. Da war es zu spät. Da hatten diejenigen bürgerlichen Elemente, mit denen eine Koalition möglich gewesen wäre, bereits selbst die Macht verloren.

Der Schutzbund wäre sicher eine wirkliche Wehr der Demokratie gewesen, wenn er die einzige bewaffnete Macht im Staate darstellt. Aber was wir konnten, konnten die Gegner auch und besser als wir, weil sie die Staatsmacht hinter sich hatten. Neben dem Schutzbund und bald im Gegensatz zu ihm hatten sich die Heimwehren gebildet. Dieser Gegensatz verstärkte rasch die militärische Note, die jedes Eingreifen bewaffneter Elemente in die Innenpolitik hineinträgt. Wenn das Vertrauen zum Schutzbund die Koalitionsbereitschaft in unseren Reihen minderte, so drängte der Einfluß der Heimwehren in den Reihen der Regierungsparteien immer mehr ihre demokratischen Elemente zurück, mit denen allein eine Koalition möglich gewesen wäre.

Dabei verschlechterten sich die militärischen Aussichten für eine Aktion des Schutzbundes immer mehr. Wer die Dinge unbefangen betrachtete, mußte in den letzten Jahren zu dem Ergebnis kommen, daß der Schutzbund aufhörte, ein zureichender militärischer Schutz der Demokratie zu sein, daß er politisch aber geradezu eine Verlegenheit wurde, weil sein Dasein ein Zusammenwirken mit den demokratischen Elementen der Gegner erschwerte und ihre Machtlosigkeit gegenüber den Gewaltmenschen in ihren Reihen steigerte. Das fühlten auch viele unserer Genossen, sie boten die Selbstauflösung des Schutzbundes an, wenn gleichzeitig die Heimwehr abrüste. Das war nicht zu erreichen. Die einseitige Selbstauflösung des Schutzbundes hätten aber weder die Schutzbündler noch die Massen der Genossen zugelassen. Nicht nur seine stolze Tradition verbot derartiges Vorgehen, sondern auch die Ueberschätzung seiner militärischen Kraft. Nur wenige vermochten sich vor der entscheidenden Kraftprobe von dieser Ueberschätzung freizumachen. Fast alle hätten gemeint, sich durch Auflösung des Schutzbundes wehrlos den Feinden auszuliefern.

Mit dem Schutzbund blieb aber auch die militärische Auffassung bestehen, daß es einer Kapitulation gleichkäme, wenn man die Ueberschreitung gewisser Grenzen nicht mit bewaffneter Hand abwehre.

So kam es zur Katastrophe. Nicht durch die Fehler einzelner. Der Schutzbund war nicht die Erfindung eines besonderen Politikers oder Militärs. Er war notwendigerweise aus den Verhältnissen hervorgewachsen. Auch die besondere politische Stimmung, die er erzeugte, war ein unvermeidliches Produkt der Verhältnisse. Wohl war er schließlich ein rudimentäres Organ geworden, das einst von Vorteil gewesen, nun aber für den Parteiorganismus keine nützlichen Funktionen mehr vollzog. Doch kann auch die Beseitigung eines solchen Organs eine lebensgefährliche Operation werden.

Wir haben also nicht nach Schuldigen zu suchen, dürfen auch ruhig die Hingebung, den Eifer, die Geschicklichkeit anerkennen, die unsere Genossen im Schutzbund in den mehr als zehn Jahren seines Bestandes an den Tag legten. Nicht an Unfähigkeit, Furchtsamkeit oder Ungeschick

sind sie gescheitert, sondern an einem tragischen Zusammentreffen ungünstiger Umstände.

Wie diese zu beurteilen sind, darüber mag man verschiedener Meinung sein. Aber eines sollte doch unbestritten feststehen: der Schutzbund war ein Produkt einer einmaligen Situation, die sich nicht wiederholt. Alle Versuche, ihn außerhalb Oesterreichs nachzuahmen, haben nur schwächliche, erfolglose Ergebnisse gezeitigt. Ihn in Oesterreich von neuem aufzubauen, nachdem er einmal gesprengt worden, ist ganz unmöglich. Das muß jeder sehr schmerzlich empfinden, der in dieser Organisation hingebungsvoll gewirkt, der von ihr Großes erwartet hatte. Aber Niederlagen sind nun einmal schmerzliche Vorgänge, die höchst quälende Folgen nach sich ziehen.

Das Eigenartige, Bedeutende am Schutzbund lag darin, daß er als legale Organisation entstanden war und daher eine Massenorganisation sein konnte. Dadurch erhob er sich weit über eine blanquistische Verschwörung. Heute ist diese legale Möglichkeit beseitigt. Alle Versuche, den Schutzbund wieder aufzubauen, können nur zu Verschwörungen blanquistischer Art führen, zu Nachahmungen jener, von denen Bauer selbst sagt, daß an ihnen »nur wenige hundert, in einigen Fällen wenige Dutzend Mann teilgenommen haben«. Vor solchen Putschen warnt Julius Deutsch selbst in seiner jüngsten Schrift über »Putsch oder Revolution«*).

Es ist nicht leicht, unter den Bedingungen, die uns die Niederlage vom Februar auferlegt hat, eine selbständige Bewegung der Arbeiter und Sozialisten in Oesterreich fortzuführen. Nicht leicht, jedoch nicht unmöglich. Die verschiedensten Anschauungen über unsere künftige Taktik tauchen in der gegebenen Situation auf. Aber bei allen diesen Verschiedenheiten sollten wir uns über eines klar sein: die Bedingungen, unter denen der Schutzbund entstand und wirken konnte, sind vorbei, und sie wiederholen sich nicht wieder. Wie die sozialistischen Parteien anderer Länder muß auch die Oesterreichs ohne einen solchen zu erneuter Bewegungsfreiheit kommen.

3. Nüchternheit und Rausch.

Ungeheuer schwierig sind die Probleme, die der Arbeiterbewegung und der Demokratie in Oesterreich gestellt sind. Aber wie immer man sie auffassen mag, eines ist unerläßlich, will man sie erfolgreich lösen: man muß es verstehen, die gegebene Situation, die eigenen Kräfte und die der anderen Richtungen und Strömungen — von Parteien kann man augenblicklich nicht mehr sprechen— nüchtern zu untersuchen und sich unbefangenen Blick für alle sozialen und politischen Wandlungen und Neugestaltungen zu bewahren, namentlich für alle Regungen im Sinne der Demokratie und der Selbständigkeit der arbeitenden Klassen. Jetzt, nach dem Verschwinden des Schutzbundes, wird jede Verstärkung der eigenen Kraft durch die gleichstrebenden Demokraten und Arbeiter aus anderen Bereichen doppelt wichtig. Je nüchterner wir die Dinge betrachten, je

*) Julius Deutsch: Putsch oder Revolution. Randbemerkungen über Strategie und Taktik im Bürgerkrieg. Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad.

klarer wir sie erkennen, ohne jede Selbsttäuschung durch Wunschträume, desto erfolgreicher wird unser Streben werden. Aber diese Nüchternheit, ist sie nicht ein Fehler, ein arger Fehler, eine völlige Verkennung unserer Aufgaben? Otto Bauer wendet sich gegen mich:

> »Wer in einer übernüchternen, utilitaristisch-rationalistischen Psychologie, in der Psychologie der Aufklärer des 18. Jahrhunderts befangen ist, wer sich die Massen immer noch so vorstellt, daß ihre Ueberzeugung nur von nüchterner Argumentation, von zwingenden Syllogismen abhängig ist, und ihre Entschlüsse nur von nüchterner Abwägung von Vor- und Nachteilen, von Chancen und Opfern, der mag das (»die befreiende Kraft des Blutopfers in der Niederlage«) nicht begreifen.
>
> Aber sollten wir nicht alle aus dem erschütternden Erlebnis von zwanzig Jahren endlich gelernt haben, wie Denken, Fühlen und Handeln der Massen durch ihre Affekte, ihre Leidenschaften, durch ihre Bewunderung der Kraft, des Muts und der Selbstaufopferung, durch ihre Sehnsucht nach dem Heroischen, durch den Mythos des Heldentums bestimmt wird?«

Wie kommt es, daß Otto Bauer jetzt bei einem Marxisten die Psychologie des 18. Jahrhunderts entdeckt?

Da selbst ein Mann wie er meine Psychologie gründlich mißversteht, bin ich leider gezwungen, sie zu erläutern. Die Marxsche Psychologie beruht gerade auf der Erkenntnis, daß das Handeln der Menschen nicht bloß von Erwägungen der Vernunft bestimmt wird, sondern auch durch Motive, die ihnen selbst nicht bewußt werden. Marx und Engels haben zuerst die Rolle des Unbewußten in der Geschichte klargelegt.

Die unbewußten Motive des Handelns der Menschen sind teils angeborene Triebe, Naturanlagen. Diese Triebe sind bei dem Durchschnitt der Menschen dieselben, ohne Unterschied ihrer Klassenlage. Neben solchen Trieben bilden sich in der Gesellschaft mit ihren Berufen und Klassen Bedürfnisse und Leidenschaften, die den Individuen durch die Art ihrer Umwelt eingeflößt werden. Diese letzteren sind für verschiedene Klassen und für die gleiche Klasse in verschiedenen historischen Situationen und verschiedenen geographischen Bedingungen verschieden.

Diese für die einzelnen Klassen, Zeiten, Gebiete verschiedenen Bedürfnisse und Leidenschaften sind die wahrhaften Triebkräfte der Geschichte. Wer sie verstehen, aber auch wer selbst Geschichte machen, wer Politik treiben will, muß sich vor allem über diese verschiedenen seelischen Bedürfnisse und Leidenschaften, ihre Ursachen, ihre Richtung, ihre Intensität klar werden. Das geschieht durch nüchterne Beobachtung der Umwelt, in der der Politiker und die Klasse lebt, der er dienen will. Niemand kann sich den Einwirkungen seiner Zeit, seines Landes, seiner Klasse oder Partei entziehen. Jeder teilt ihre seelischen Bedürfnisse und Leidenschaften und läßt durch sie sein »Denken, Fühlen und Handeln« bestimmen. Aber die Beherrschung der marxistischen Methode gibt jedem von uns die Möglichkeit, sich über diese von Zeit und Raum gegebenen Bedürfnisse und Leidenschaften hoch genug zu erheben, um nüchtern erforschen zu können, welche Kraft in den »Affekten« der Massen steckt, was wir von ihnen erwarten dürfen und welche Richtung ihnen gegeben werden kann und soll, damit unser Handeln ein zweckmäßiges, erfolgreiches wird. Wohl geschieht nichts Großes ohne gewaltige Leidenschaft. Aber blinde

Leidenschaft wird meist nur Großes im Unheil bewirken. Jeder von uns muß trachten, aus einem Gefangenen seiner Leidenschaften zu ihrem Herrn zu werden. Das wird er nur soweit vermögen, als er nüchterner Beobachtung der Wirklichkeit fähig ist.

Diese nüchterne Beobachtung war für die praktische Politik von Marx und Engels, von Bebel und Viktor Adler entscheidend. Sie machten ihre Entschlüsse stets von nüchterner Abwägung von Vor- und Nachteilen, von Chancen und Opfern abhängig. Viktor Adler nannte einmal das Gehirn ein Hemmungsorgan. Sie haben damit den primitiven Gefühlssozialismus überwunden, der sich durch »Affekte und Leidenschaften« bestimmen ließ.

Die Gefühlssozialisten haben sich dagegen natürlich entrüstet aufgelehnt. Früh schon wurde Marx seine »Gefühlskälte« vorgeworfen. Jetzt, in ähnlicher Situation, wende ich die Marxsche Methode an. Da muß ich sehr zufrieden sein, wenn man mir nicht Herzlosigkeit vorwirft, sondern nur »übernüchterne Verständnislosigkeit« für die »Affekte und Leidenschaften der Massen«.

Mit Recht datiert Otto Bauer das Werden seiner neuen Psychologie, die er meiner veralteten »primitiven« entgegenstellt, nicht etwa von der Mitte des vorigen Jahrhunderts, von dem Aufkommen des Marxismus, sondern von dem »erschütternden Erlebnis« der letzten zwanzig Jahre. Er spricht nicht von der Psychologie, die es in der Zeit zwischen dem 18. Jahrhundert und dem Jahre 1914 gab. Nicht eine neue wissenschaftliche Entdeckung, sondern ein »erschütterndes Erlebnis« ist der Grund, dem Bauers neue Psychologie entspringt. Dieses Erlebnis der letzten zwanzig Jahre, was ist es aber anderes als der Weltkrieg mit seiner Folge von Bürgerkriegen in einzelnen Staaten? Nicht eine neue Wissenschaft der Psychologie ist daraus entstanden, wohl aber ein neuer Zustand der menschlichen Psyche, wie er in dieser Intensität seit einem Jahrhundert in Europa nicht bestanden hatte. Wir bezeichnen diesen Zustand als »Kriegspsychose«, und wir hielten es für eine besonders wichtige Aufgabe eines jeden Marxisten, sich von den Einwirkungen dieser berauschenden Kriegspsychose freizuhalten.

Sie entspringt aus den Bedingungen der Zeit. Daher ihre Kraft in den Massen. Wir können sie nicht einfach aus den Gemütern auslöschen. Aber um so mehr sind wir Marxisten verpflichtet, vor ihr nicht zu kapitulieren, sondern in dem Wirbel der Leidenschaften die Sprache der Vernunft, nüchterner Erkenntnis der Wirklichkeit, zu Wort kommen zu lassen.

In den Zeiten der Söldnerarmeen pflegte man diese alkoholisch zu berauschen, ehe man sie in die Schlacht führte. Sie fürchteten in diesem Zustand weniger den Tod. Um so mehr legte der Feldherr Gewicht darauf, daß er selbst und seine Offiziere in den entscheidenden Stunden nüchtern blieben. Die alkoholische Berauschung hat man später aufgegeben, da sie zu kurz vorhielt, die Schlachten länger währten und eine neue Taktik größere Ansprüche an die Ausdauer und Findigkeit des einzelnen Mannes stellte. Um so mehr bemüht sich die neue Kriegskunst, die Mannschaften

durch rhetorische Trommelwirbel zu berauschen und in Ekstase zu versetzen.

Die ständige Erregung der Massen seit dem Weltkrieg ermöglicht es in manchen Staaten geschickten Demagogen, auch im Zivil solche Rauschzustände herbeizuführen. Dadurch ist so mancher politische Gauner und Gaukler emporgekommen, dessen Nichtigkeit die nüchterne Bevölkerung, nicht des 18., sondern des 19. Jahrhunderts bis zum Unheil von 1914 leicht erkannt hätte.

Rauschzustände dieser Art halten länger an als die Wirkungen des Schnapses in den Schlachten des 17. und 18. Jahrhunderts. Aber wie jedem Rausch, folgt auch dem intellektuellen ein Katzenjammer.

Siegreich wird sich stets schließlich jene Politik durchsetzen, die sich nicht von den Affekten des Moments bestimmen läßt, sondern auf nüchternen Beobachtungen und Erwägungen beruht. Sie ist nicht blind für die heute so mächtig aufgewühlten Leidenschaften des Zornes, des Hasses, der Rache. Sie rechnet mit ihnen, sucht sie aber in zweckmäßige Bahnen zu lenken.

Die Gewaltpolitiker der Gegenseite an Leidenschaftlichkeit zu übertrumpfen, ist unmöglich. So heiß wir auch empfinden mögen, wir werden stets auf innere Hemmungen stoßen, die die Gewaltpolitiker von drüben nicht kennen, Hemmungen der Menschlichkeit, der Moral, der Intelligenz, des weiteren Blickes. Worin wir sie übertreffen können, das ist unsere klare Erkenntnis dessen, was ist, eine Erkenntnis, nach der wir nüchternen Blickes streben müssen, unbeirrt durch jegliche Mythologie des Heldentums.

BÜCHERSCHAU

Theodor Wolff: Der Krieg des Pontius Pilatus. Von Josef Halperin.

Das Buch*) handelt von dem letzten Jahrfünft vor dem Kriege. Es setzt im Sommer 1909, mit der Entlassung Bülows ein und endet im August 1914, mit dem Aufmarsch ins Feld. Wenn der Verfasser »der schon reichen Literatur über diese Zeit« noch ein Werk hinzufügt, so glaubt er »die Berechtigung aus der Tatsache entnehmen« zu können, »daß ich, begünstigt durch vorteilhafte Umstände, manches gesehen habe, was andern verborgen war«. Er meint, daß er mit seiner Schilderung »vielleicht nicht nur, wie man zu sagen pflegt, offene Türen einrennt, sondern auch einige verschlossene öffnet«. Er erklärt ferner: »Ich bin nicht Richter, auch nicht Anwalt, sondern ein Zeuge, der seine Aussage macht.« Er erhebt also den Anspruch besonderer Vertrautheit mit Ereignissen und Personen, neuer Gesichtspunkte und gewissenhafter Unparteilichkeit.

Rechtfertigt das Buch diesen dreifachen Anspruch? Mit den Ereignissen ist Theodor Wolff als ehemaliger Chefredakteur des »Berliner Tageblatts« beruflich vertraut, und er hat

*) Verlag Oprecht & Helbling, Zürich 1934, 457 Seiten.

dieses Wissen durch umfängliches Studium der Dokumenten-Publikationen und der Memoirenliteratur erweitert. Die Personen charakterisiert er mehr nach ihren Schriften und Reden, als aus direkter Kenntnis; diese scheint sich auf einige Interviews und auf gelegentliche Beobachtung aus der Nähe zu beschränken. Näherer Umgang mit Ministern und Diplomaten wird aus dem Buch nicht sichtbar. Dem jungen Abel Ferry, den er während dessen Amtszeit — er wurde im Juni 1914 Unterstaatssekretär des Auswärtigen und fiel im Schützengraben — offenbar nicht mehr gesprochen hat, bewahrt er ein »freundschaftliches Andenken«. Oft gesehen hat er Wilhelm von Stumm, den Dirigenten der Politischen Abteilung, der ihn gern benützte, z. B. im Mai 1914 für die Enthüllung der britisch - russischen Flottenbesprechungen. Th. Wolff hat in der Vorkriegszeit das Auswärtige Amt gemieden. Mit einigen hohen deutschen Würdenträgern ist er — soweit man aus dem Buche schließen darf — nach ihrem Sturz mehr zusammengekommen, als vorher. Daß er die handelnden Personen, zu denen Wilhelm von Stumm kaum gerechnet werden kann, nicht aus näherem Verkehr während der entscheidenden Jahre kennt, braucht an sich kein Nachteil zu sein, obwohl dadurch der Anspruch auf »Zeugenaussage« entwertet wird. Doch bildet gerade Personenkenntnis eine Voraussetzung für die Methode, die Th. Wolff zu handhaben sucht, und auf die er wohl im Vorwort anspielt, wenn er einige verschlossene Türen zu öffnen verheißt: durch psychologische Einsicht das Wirken der Hauptakteure, der Regierenden — der Minister und Diplomaten — und damit das Geschehen überhaupt zu erklären. Er verachtet nämlich »eine neue Soziologie mit ihrem geheimnisvollen Wissen und ihren seltsamen Sprachzeichen«. Er sieht die Menschen nur durch Mangel an Klugheit, Voraussicht, Vorstellungskraft, Logik und Instinkt und etwa noch durch Charaktermängel und Unkenntnis des Auslands (nationale Vorurteile) beschränkt, nicht aber durch Machtinteressen, die sie bewußt oder unbewußt vertreten, oder denen sie erliegen. So löst sich ihm die Geschichte in eine Folge von Mißverständnissen, Versäumnissen, Eitelkeiten, Unredlichkeiten und Feigheiten auf. Seine Interpretationen, die gar nicht von soziologischer Einsicht und wenig von Personenkenntnis gestützt werden, sind meistens sehr fragwürdig. Er unterschiebt z. B. den tollsten Aeußerungen Wilhelm II. einen harmlosen Sinn: »Genauer betrachtet, beweist der Brief vom 31. Dezember 1905, in dem er behauptete, daß er erst die Sozialisten abschießen und köpfen und dann Krieg nach außen machen wollte, nicht kriegerische Absicht, sondern gerade das Gegenteil. Es gab Leute, die ihn auf die kriegerische Bahn drängen wollten, und er wehrte sich gegen diese Zumutungen, indem er theatralisch und in der ihm eigenen Ausdrucksweise behauptete, zunächst einmal müsse er die Sozialisten niedermetzeln und erst nach dieser Bartholomäusnacht dürfe der blutrote Sonnenaufgang kommen.« (S. 217/18.) Der Kaiser rief also schwarz, wenn er weiß meinte: »Er spielte besonders seiner militärischen Umgebung diese kleinen Komödien vom kriegerischen Kaiser vor.« Daß Wilhelm II. von Welteroberung träumte, das war ein Mißverständnis, dessen die Deutschen sich nicht schuldig machten, »aber im Auslande schufen

da und dort Naivität und Berechnung dieses Legendenbild«. (S. 218.) Freilich, »er kam schneller von einer Stimmung zur andern, als ein Eichhörnchen im Käfig von einem Ende zum andern rennt«. Obwohl Th. Wolff die Unberechenbarkeit, die Unbeständigkeit, die Fahrigkeit des Kaisers immer wieder zeigt, versichert er (S. 71), die Versöhnung mit Frankreich sei »die Lieblingsidee Wilhelm II. gewesen«, und wirft Sir Edward Grey vor, »eine große, die rettende Aufgabe«, nämlich »der Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich zu sein«, nicht vollbracht und zu spät versucht zu haben. Dabei gab es nur eine »Lieblingsidee«, der Wilhelm mit einiger Konsequenz huldigte: die mächtige, der englischen ebenbürtige Flotte. Th. Wolff sagt es (S. 57) selbst: »Auf dem Wasser schaukelte der Kranz der Unsterblichkeit. Dies und nichts anderes war es, was eine Verminderung oder Einstellung der Flottenbauten unmöglich machte, alle Versuche scheitern ließ.«

Die wenigen Zitate dürften hinlänglich erweisen, wie unscharf und unwahr die psychologische Zeichnung ist, auf die der Autor so viel Mühe verwendet. Seine Methode ist völlig unfruchtbar. Wenn also Th. Wolffs Anspruch auf besondere Personenkenntnis, auf Zeugenaussage und auf neue Gesichtspunkte entfällt, so könnte der Wert seiner Darstellung in der Untersuchung der Ereignisse liegen. Er führt jedoch, wie gesagt, die Ereignisse ausschließlich auf die Personen und nie auf die Konstellationen zurück. Nur einmal macht er einen Ansatz, als er nebenbei »die privilegierten Nutznießer des Staates« erwähnt, die in Bethmann-Hollweg »den geeigneten Anwalt ihrer Interessen gesehen und die Aufmerksamkeit des Kaisers auf ihn gelenkt, ... ihn ausgesucht und begrüßt hatten, weil er ihren Besitz und ihre Vorrechte verteidigen, ihnen die lästige Erbschaftssteuer fernhalten, durch Vereitelung der preußischen Wahlrechtsreform und durch Verhinderung einer gerechteren Wahlkreiseinteilung ihre Machtstellung schützen sollte, und weil er bereitwillig solche Aufträge übernahm.« Aber während dem Autor der Einfluß der herrschenden Klasse auf die innere Politik immerhin aufgefallen ist, kommt er anscheinend nicht einmal auf den Gedanken, daß wirtschaftsimperialistische Kräfte die auswärtige Politik bestimmt haben könnten, indem sie sich des suggestiblen Kaisers bedienten. Davon steht freilich nichts in den diplomatischen Akten und den Minister- und Botschafter-Memoiren, die Th. Wolff studiert hat. So glaubt er denn, bloß die romantische »Nibelungentreue« Wilhelms II. und seiner Ratgeber habe die deutsche Balkanpolitik, will sagen das Verhältnis des Reiches zur Donaumonarchie geleitet. Ebensowenig sieht er, daß die Wiener Politik gegenüber Serbien mehr auf ungarische Agrarinteressen, als auf die Sorge vor subversiven Einflüssen zurückging. Die »hochmütigen Herren in Wien«, schreibt er, mißgönnten den siegreichen Serben einen Hafen. Solchen Auffassungen gemäß betitelt er den ersten Teil seines Buches: »Der eiserne Götze«. Th. Wolff meint damit »das Prestige«.

Die deutsche Politik vor dem Kriege scheiterte, weil die verschiedenen Absichten und Interessen der »priviligierten Nutznießer des Staates« nicht koordiniert wurden und infolge des Temperaments und des Charakters des Dilettanten Wilhelm II. kaum koordiniert werden konnten.

Th. Wolff als Verächter der Soziologie erkennt das nicht. Er vermag das Problem überhaupt nicht zu sehen, weil er anscheinend nie über das Wesen der Macht und ihrer Ausübung, d. h. über das Wesen der Politik nachgedacht hat. Jedenfalls ist er sich darüber nicht klar. Er identifiziert internationale Politik mit Diplomatie und setzt diese ungefähr gleich mit der Technik der Kanzleien. Er tadelt oft die falsche Technik, erweckt den Anschein, als ob sie nur durch persönliche oder gesellschaftliche Unzulänglichkeit des betreffenden Botschafters oder durch mangelnde »Logik« und »Psychologie« und eitle Besserwisserei der Zentrale bewirkt worden sei. Er sagt gelegentlich, wie man es hätte machen sollen, z. B. (S. 434) durch Gewährung der »serbischen Hafenforderung« Serbien und Italien entzweien — was dem Leser einen überraschenden Einblick in die Seele Th. Wolffs verschafft — forscht aber nie nach dem Untergrund, dem gerade diese und keine andere Technik entspringen konnte. Er forscht nicht danach, weil er eben glaubt, daß man bloß aus Romantik oder Dummheit zu der falschen Technik gegriffen habe. Er legt eine Sonde an, die kaum die Oberfläche ritzt.

Mit ironischer Bescheidenheit bemerkt der Verfasser im Vorwort, »gelehrte Historiker werden vielleicht in der Lage sein, hier und da einen sachlichen Irrtum, einen falsch gesetzten Buchstaben oder Schlimmeres festzustellen«. Dazu brauchte es gelehrte Historiker gar nicht. Aber es ist wirklich unnötig, die »falsch gesetzten Buchstaben« und Worte etwa in den englischen Brocken, die der Autor einstreut, oder »Schlimmeres« aufzuzählen. Aus dem Schatzkästlein einer vergangenen Zeit schöpft Th. Wolff unermüdlich belletristische Zitate, die eine furchtbare Wirklichkeit zum faden Feuilleton verniedlichen. (Schon der Titel des Buches »Der Krieg des Pontius Pilatus« ist eine literarische Anspielung.) Gegenüber dem Ernst der Materie wirkt der Witz, den der Autor mehr selbstgerecht als gerecht auf Deutsche, Russen, Franzosen und Engländer verschwendet, billig und abgeschmackt. Aehnlich verhält es sich mit seinen Stilmanieren, die mit der Sprache von Molières lächerlichen Preziösen wetteifern. Wenn er Taschentücher meint, dann sagt er (S. 401): »Die weißen Tücher, die bei solchen Gelegenheiten aus nützlichen Mitteln der Hygiene zu politischen Symbolen werden, leuchteten, von den hübschen Stockholmerinnen geschwenkt, im Sonnenschein.«

Es ist unmöglich, die vielen Widersprüche zu zeigen, in die sich der Autor bei seinen »psychologischen« Interpretationen verwickelt. Seine Unkenntnis englischer Verhältnisse und englischen Wesens sei bloß erwähnt. Sie verleitet ihn zur Unterschätzung der Ulster-Rebellion, die England im Sommer 1914 an den Rand des Bürgerkrieges brachte, zu dem schiefen Vergleich Sir Edward Greys mit Bethmann-Hollweg, zu der negativen Erklärung von Greys Handlungen, die dem ängstlichen Bestreben entsprungen sein sollen, den Vorwurf vom »perfiden Albion« zu entkräften. Die »psychologische« Methode führt Th. Wolff noch viel weiter. Während er Wilhelm II. und Bethmann-Hollweg trotz eindeutigen Aeußerungen immer wieder zu entlasten sucht, will er die fremden Minister und Diplomaten belasten, und wenn ihm dazu geeignete Aeußerungen fehlen, dann erfindet er die pas-

senden Gedankengänge. So ist die Aussage des »Zeugen« Theodor Wolff beschaffen.

Er hat dieses Buch offenbar aus dem Bedürfnis geschrieben, »jene sogenannte Versailler Schuldthese« zu widerlegen. Dabei ist er zum »Anwalt« geworden, der für mildernde Umstände plädiert und die Gegenpartei anschwärzt. Völlig unkritisch verwendet er die belgischen Gesandtschaftsberichte, deren sich schon die amtliche deutsche Kriegspropaganda bediente. Er anerkennt zwar, daß der »Einmarsch in Belgien ein Rechtsbruch und obenein ein schwerer politischer Fehler« war, und verschanzt sich hinter einem von Bismarck inspirierten Artikel der »Post« aus dem Jahre 1887, um Angriffen der deutschen Nationalisten die Spitze abzubrechen. Aber er beschönigt gleich darauf den Rechtsbruch, indem er sagt, die andern hätten ja darauf gewartet, »die Nachricht von dem Einmarsch in Belgien mit einem Aufatmen, mit einem „Endlich!" begrüßt«. Er sieht anscheinend nicht, daß es sich hier um mehr als Polemik handelt, daß es weder auf das »Anathem« von Völkerrechtslehrern und Pazifisten noch auf den »Racheruf« Lord Northcliffes und der »Leute seiner Art«, sondern auf ein entscheidendes Prinzip des Völkerlebens, das Daseinsrecht der kleinen Nationen ankommt. Er gewahrt auch da nur die Oberfläche, und er ist auch da befangen. So wird Theodor Wolff, der sich durch Zivilcourage im Kriege auszeichnete und nachher nicht selten in der Fronde zu seiner eigenen, der Demokratischen Partei stand, mit diesem Buche symptomatisch für das liberalere deutsche Bürgertum, dessen ungeschulter Blick nie die Oberfläche der Politik durchdrang, und in dem der Nationalismus nicht so knorrig, doch ebenso unausrottbar wie bei der Rechten wurzelte.

Das Buch entstand, »bevor in Deutschland der nationalsozialistische Eroberer alle Funktionen der Staatsgewalt an sich riß«. Der Autor steht »dem neuen Staat mit Gedanken und Gefühlen gegenüber, die so selbstverständlich sind, daß es der wortreichen Erklärungen und Erläuterungen nicht erst bedarf«. Mag sein. Doch spricht das wortreiche Buch für die Vorurteile des Bürgertums, die den Nationalsozialisten die Usurpation erleichterten. Das ist eine soziologische Bemerkung, die Th. Wolff wohl ablehnen würde. Beziehen wir sie also, um seinem Standpunkt gerecht zu werden, auf die Person: Der Autor glaubte in akademischer Abgeschiedenheit der historischen Wahrheit zu dienen und diente dem Nationalismus. Der ehemalige Chefredakteur des »Berliner Tageblatts« wollte dem Nationalsozialismus gegenüber vornehm Distanz wahren und kam mit dem »Krieg des Pontius Pilatus« nationalsozialistischen Zwecken entgegen. Ohne Absicht, aus Vorurteil. Die Tendenz ist unklar, doch wirksam. Der Fall ist ebenso unentschuldbar wie bedauernswert.

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.